

Wildcat-Zirkular

(mit Beilage: „Selbständige Arbeiter auf dem Bau“)

Nr. 42/43 März 1998

8 Mark



Arbeitslosenbewegung in Frankreich

* „Gebt uns Scheißarbeit,
bezahlt uns mit Brosamen“

Wildcat-Zirkular Nr. 42/43 März 1998

Inhalt:

Die Arbeitslosenbewegung in Frankreich Dezember 1997 - Januar 1998	3
Flugblätter	9
»Die waren noch nie in der Fabrik ...« - Interview mit einem Straßenfeger	13
Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken (Karl Heinz Roth)	21
(Flugblätter aus Hamburg) Kalter Krieg gegen Sozi-Empfänger	30
Paßt bloß auf!	34
Zum Bürgerkrieg in Algerien	40
»In den Ghettos sind die Drogen zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden«	48
Selbständige Arbeiter auf den Bau Pauschalarbeit in England (1974)	Beilage

Kontakte:

Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
e-mail: jaa@wildber.aball.de

Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
e-mail: wildcat@link-lev.dinoco.de

Freunde der guten Zeit, c/o Wildcat, Postfach 306 325
20327 Hamburg, Tel./Fax: 040-3908487

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat
Verbindungskanal Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel.: 0621-657746, Fax: -657747, e-mail: suba@wildcat.rhein-neckar.de

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

V.i.S.d.P.: P.Müller

Die Arbeitslosenbewegung in Frankreich

Dezember 97 - Januar 98

Die Lage der Arbeitslosen in Frankreich und die Höhe und Art der Gelder, die sie je nach ihrer letzten Arbeit bekommen oder nicht bekommen, zu erklären, ist kompliziert. Offiziell gibt es drei Millionen Arbeitslose. Wenn man aber diejenigen dazuzählt, die nur das RMI (Mindesteinkommen »zur Wiedereingliederung«, zur Zeit ca. 600 DM) bekommen, aber nicht als arbeitslos geführt werden und oft nur mit kleinen Schwarzjobs überleben, lassen sich schätzungsweise fast sechs Millionen Menschen als »prekär« einstufen, deren Einkommen von verschiedenen, vorübergehenden und provisorischen Quellen abhängt, eine niedriger als die andere. Wenn die Zahlen irgendeinen Sinn haben und man nur das betrachtet, was von verschiedenen Ämtern ausbezahlt wird (was bedeutet, daß manche mehr und manche sehr viel weniger oder gar nichts bekommen können) kann man sagen, daß 25 Prozent der »LeistungsempfängerInnen« bis zu 3 000 Francs bekommen, 27 Prozent zwischen 3 000 und 4 000 Francs, 33 Prozent zwischen 4 000 und 6 000 Francs und 15 Prozent mehr als 6 000 Francs. Der SMIC (Mindestlohn) liegt zwischen 5 000 und 6 000 Francs. Das Arbeitslosengeld wird mit der Zeit geringer: Je nachdem, wie lange man vorher gearbeitet hat, rutscht man mehr oder weniger schnell von einer Kategorie in die nächste, bis man beim RMI oder bei überhaupt nichts landet.

Zu den verschiedenen Staatsgeldern ein kleiner Überblick:

Allocation Unique Dégressive ("Arbeitslosengeld") bekommen nur Leute, die vorher versicherungspflichtig gearbeitet haben; es beträgt maximal 75 Prozent des letzten Lohns und wird für einen Zeitraum von 4 bis 27 Monaten bezahlt, je nachdem, wie lange man vorher gearbeitet hat; der Beginn der Abschläge hängt von dieser Dauer ab, prinzipiell beträgt er 17 Prozent alle vier Monate. Auf dieses Geld hat man einen Rechtsanspruch, wenn man die Voraussetzungen erfüllt.

Allocation de Solidarité spécifique entspricht in etwa der Arbeitslosenhilfe in der BRD; es wird bezahlt, wenn der Anspruch auf das Arbeitslosengeld erschöpft ist. Es beträgt 2 300 Francs (ca. 690 DM) im Monat und wird für jeweils 6 Monate gewährt, danach muß es neu beantragt werden. Es gibt hierauf keinen Rechtsanspruch, die Gewährung hängt von einer Entscheidung der ASSEDIC ab.

RMI hängt nicht davon ab, daß man vorher versicherungspflichtig gearbeitet hat, es wird an mittellose Personen vergeben (z.B. hat bei einem Paar eine Person ohne Einkommen keinen Anspruch, wenn die andere Person Arbeit hat). Es wird nur Personen über 25 Jahre zugestanden, die Höhe hängt von den versorgungspflichtigen Personen ab: monatlich 2 403 Francs für eine alleinstehende Person, 3 604 für zwei, 4 325 für drei, für jedes zusätzliche Kind gibt es 961 Francs. Es gibt noch andere Gelder, für Jugendliche, für Ausbildungszeiten usw., Wohngeld für Familien, Familiengeld, aber diese Gelder sind nicht notwendigerweise an Arbeitslosigkeit gebunden, wenn sie auch während der Arbeitslosigkeit weitergezahlt werden.

Bis vor kurzem haben die Gewerkschaften und die im Parlament vertretenen politischen Parteien sich nicht für die Arbeitslosenorganisationen interessiert, die meisten der »großen« Gewerkschaften (CGT, CFDT, FO) standen ihnen rundweg feindlich gegenüber. Während der Bewegung nahmen sie unterschiedliche Haltungen ein: Die CGT auf der einen Seite versuchte, die lokalen Situationen durch Kampfkomitees auszunutzen, die sich bei Betriebsschließungen gebildet hatten, vor allem in der Marseiller Region. Die CFDT und die FO auf der anderen Seite sprachen den Arbeitslosenverbänden jede offizielle Vertreterrolle ab.

Die größten Verbände, die schon seit Jahren bestehen, aber keinen großen Zulauf haben und noch nie radikalere Aktionen als Straßendemonstrationen gewagt hatten, wurden von den linksradikalen marxistischen oder anarchistischen Gruppen eher als Sprungbrett benutzt, die andererseits oft auch in den Ad-hoc-Strukturen mit den und für die »sans papiers«, »sans logis« usw. aktiv waren. Die bekanntesten unter ihnen (die gewissermaßen »anerkannt« wurden, da sie im Lauf der Bewegung zu Gesprächen mit der Regierung zugelassen wurden) sind: »Partage«, die erste Arbeitslosenorganisation (aus einer individuellen Initiative entstanden), die aber ohne großen Einfluß geblieben ist; MNCP (Nationale Bewegung der Arbeitslosen und Prekären); CDSL (Komitee der Obdachlosen); APEIS (Verein für Beschäftigung und Eingliederung), wird von der kommunistischen Partei dominiert; AC (Etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun), von den Trotzlisten der Ligue Communiste und den Anarchosyndikalisten der CNT ins Leben gerufen. Mit Ausnahme der Marseiller Region sind die AktivistInnen dieser Gruppen die Avantgarde und die hauptsächlich aktiven Elemente der Bewegung. Bis zum Dezember 1997 waren die Aktionen dieser Arbeitslosenorganisationen vollkommen symbolisch geblieben und hatten kaum Anlaß zu großer Öffentlichkeit gegeben, weil sie entweder isoliert blieben und kaum ein Echo fanden oder weil sie keinen Zugang zum politischen Geschäft fanden. Ihre Bedeutung und ihr Einfluß blieben lächerlich angesichts der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der sozialen Ausschließung. Sie profitierten höchstens von der Aufmerksamkeit für die Arbeitslosengruppen der Gewerkschaften [syndicats parallèles], die hauptsächlich nach dem Streik vom November 1995 gegründet wurden. Man traf übrigens oft dieselben AktivistInnen in diesen Gewerkschaftsgruppen und bestimmten Organisationen der »sans papiers« usw.

Anlaß für die Bewegung war eine Reform des Systems für den Leistungsbezug der Arbeitslosen. Dieser Leistungsbezug (dessen Höhe und Dauer an die vorhergehende Arbeit gekoppelt bleibt) ist Sache von paritätisch besetzten Organisationen (Arbeitgeber und »Arbeiter«), den ASSEDIC (Arbeitslosenversicherungskassen), besonders was den Prozentsatz der von der UNEDIC, dem Gesamtverband der Arbeitslosenversicherung, bezogenen Leistungen angeht. Aufgrund von bürokratischen Manipulationen, wie sie in solchen Institutionen üblich sind (und

deren Einzelheiten nicht wichtig sind, es sei denn, sie sind mit dem politischen Kräftespiel und mit ökonomischen Erwägungen verbunden), wechselte der Vorsitz der UNEDIC von der Gewerkschaft FO zur CFDT. Selbst wenn man unbedingt darauf hinaus wollte, daß ein Konflikt zwischen Gewerkschaften eine Rolle in der Entwicklung der Bewegung gespielt haben könnte, war dieser in keiner Weise wesentlich und könnte höchstens bestimmte Orientierungen und Positionen erklären. UNEDIC verfügte bis zum letzten Juli über einen »Sozialfonds«, der die Vergabe von Zulagen als »Nothilfen« erlaubte. Von diesem Fonds wurde zum Jahresende ein guter Teil an die »völlig Abgebrannten« verteilt. Eine neue Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in der UNEDIC-Verwaltung strich diesen Fonds im Juli 1997 beträchtlich zusammen. Als einzige Gewerkschaft verweigerte die CGT die Unterschrift. Die Verordnung trat Anfang Oktober 1997 in Kraft. Die »Nothilfen« wurden dadurch vollkommen ausgetrocknet: in Val de Marne, einem Departement am Rand von Paris, wurden sie z.B. von 52 (1996) auf 15 Millionen Francs (1997) gekürzt; 1996 hatten z.B. im Departement Bouches du Rhône (Region Marseille) noch 55 000 Personen Ausnahmehilfen bekommen ...

Neben den Absichten der Aktivisten und der außergewöhnlichen Medienpräsenz, von der sie stark profitierte, muß man einen anderen Aspekt der Bewegung in den früheren politischen Plänen und in der unbequemen Position der Mehrheitslinken (Sozialdemokratie der Sozialistischen Partei) und ihrer Unterstützer suchen. Zwischen ihren Wahlversprechen und den geschäftlichen Erfordernissen des kapitalistischen Systems in Frankreich und Europa ist ihre Position besonders unbequem und erzeugt Unzufriedenheit. Das führt nicht nur dazu, daß unter Umständen die Wähler weglaufen, die heute eher unter den Zwängen des Alltags handeln, sondern könnte auch Explosionen hervorrufen, deren Eindämmung und Begrenzung sich als bedrohlich nicht nur für den Machterhalt einzelner Politiker, sondern für die Stabilität des gesamten Systems herausstellen können. Besonders die Versprechungen zur »Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit« (die sie nicht halten können, weil das eine Frage des weltweiten ökonomischen und sozialen Systems ist), die höchstens zeitweise Zugeständnisse mit ungewisser Wirkung ermöglichen, wecken bei den Politikern Befürchtungen, daß sich die Unzufriedenheit in kaum kontrollierbare radikale Aktionen verwandeln könnte. Ähnliche Erscheinungen in den letzten zehn Jahren verstärken solche Befürchtungen vielleicht noch. Bisher ging es dabei um Einzelfragen in unterschiedlichen Teilbereichen, selbst wenn hinter diesen Einzelfragen unterschwellig eine allgemeine Ablehnung des Systems stand, die sich nicht als solche ausdrückte. Die Politiker befürchten nicht nur, daß wieder eine ähnliche Ein-Punkt-Bewegung auftauchen könnte, sondern auch, daß sich zersplitterte Bewegungen zu einer allgemeineren Aktion zusammenschließen und dann kaum noch zu kontrollieren sind. Man kann also nicht völlig die

Überlegung ausschließen, daß hinter der Bewegung ein Störfeuer steckt, um eine wichtige Bewegung schon im Keim zu ersticken.

Anscheinend haben die CGT-nahen Arbeitslosenorganisationen aus der Region Marseille, von denen wir bereits sprachen, am 4. Dezember die Ausgangsforderung nach einer Einmalzahlung von 3 000 Francs an jede/n Arbeitslose/n zum Jahresende aufgestellt. Und es waren ebenfalls sie, die mit der Besetzung von sieben ASSEDIC-Büros (von insgesamt 18) in der Region Marseille die Bewegung losgetreten haben. AC organisierte ihrerseits die symbolische Besetzung von ehemaligen Büros der Firma Wendel à Hayange im Departement Moselle (einer der Besitzer dieser Stahlhütte ist gerade Präsident der Nationalen Arbeitgebervereinigung CNPF). Daß diese lokalen Aktionen von Anfang an eine solche Resonanz hatten, lag nicht an ihrer Militanz oder an politischer Manipulation, sondern an der allgemeinen Sensibilisierung für das Problem Arbeitslosigkeit und Arbeit (und dahinter der allgemeineren Vorstellung einer Umverteilung des Reichtums). Störfeuer, Manipulation, Sensibilisierung und Medienöffentlichkeit machten den Aufstieg einer Bewegung möglich und müssen dialektisch betrachtet werden.

So ist auch zu erklären, warum von diesem Moment an sich die Bewegung in verschiedene Initiativen, lokale Gruppen für lokale, einmalige oder dauernde Aktionen verbreiterte und ausweitete, und das offensichtlich, ohne zu einer nationalen Koordination zu gehören: Zwar wurden einige Aktionen von bestimmten Arbeitslosenorganisationen, die unter politischer Kontrolle stehen, bestimmt und organisiert. Andere schienen im Gegenteil strikt lokalen Initiativen geschuldet zu sein, die eher von AktivistInnen abhängen, die nicht unbedingt diesen Organisationen angehören und jedenfalls eher in lokalen Kollektiven als aufgrund von Anweisungen politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen handeln. Die Bewegung schien sehr konfus zu sein, sie lief ein wenig in alle Richtungen und wich dabei oft von der Ausgangsforderung nach der berühmten Einmalzahlung zum Jahresende ab, indem sie sich öfter Probleme vornahm, die auch von allgemeinem Interesse sind (z.B. die Forderung, daß der Strom nicht abgeschaltet werden darf, wenn die Leute in Zahlungsrückstand geraten sind). Außerdem hat sich die Bewegung geografisch stark ausgedehnt, und zwar nicht wegen zentraler Gewerkschafts- oder Parteianweisungen, sondern durch ihre Eigendynamik. Auch wenn sie mehrheitlich von Aktivistinnen oder Ex-AktivistInnen verschiedener politischer Grüppchen mit Leben erfüllt wurde, die oft in den Kämpfen für die »sans papiers«, »sans logis«, »squats« usw. engagiert sind, schaffte sie es doch, Arbeitslose und ArbeiterInnen dazu zu gewinnen (manchmal über die kleinen Gewerkschaften SUD, CNT usw.). Diese AktivistInnen handelten eher aus individuellen Motiven wegen der »sozialen Probleme« und nicht als Soldaten, die von einer oder mehreren Organisationen dirigiert werden.

Die Bewegung ist weitgehend minderheitlich geblieben. Von über 600 ASSE-DIC-Büros in Frankreich werden höchstens 30 besetzt gewesen sein; diese waren aber über das ganze Land verteilt. Dasselbe gilt für die Demonstrationen: in mehr als 26 Städten fanden welche statt, aber insgesamt beteiligten sich kaum mehr als 30 bis 40 000 Personen. Das ist wirklich sehr wenig, wenn man von drei Millionen Arbeitslosen und von sechs Millionen »Prekären« ausgeht. In einem Kommentar konnte man lesen, »die Zahl der TeilnehmerInnen ist nicht so wichtig wie ihre Popularität«. Diese Wahrheit wurde auch von den Umfragen bestätigt, und man hörte wieder den Slogan von 1995 vom »Stellvertreterstreik«, also eine Rechtfertigung avantgardistischer Minderheitsbewegungen. Sosehr diese »Popularität« tatsächlich andere als die üblichen Aktionen möglich macht, die bewußt den gesetzlichen Rahmen verletzen, nährt sie andererseits die Illusion (und das gleicht die Befürchtungen der Staatsmacht bezüglich einer Ausdehnung der Bewegung wieder aus), diese »diffuse Avantgarde« könne tatsächlich eine breitere Bewegung nach sich ziehen. Dieser Zusammenhang müßte genauer kommentiert werden, denn die Bewegungen der letzten Jahre, die sich manchmal an Einzelfragen jenseits der Sache selber und unabhängig von jeder militanten Aktion stark vergrößert haben, konnten so die Vorstellung propagieren, eine Avantgarde könnte das treibende Element einer breiteren Bewegung sein.

Die Besetzungen, meistens von ein paar Dutzend Aktiven, manchmal waren es bis zu hundert, sind über die ASSE-DIC-Büros weit hinausgegangen, und es ist schwierig, einen Überblick über besetzte Hotels, Restaurants, Arbeitgeberbüros, Parteilokale der PS, verschiedene Büros sozialer Organisationen und der staatlichen Elektrizitätswerke, Supermärkte, usw. zu geben. Die Besetzungen haben sich in Blitzaktionen aus dem Stegreif entwickelt, als die Regierung zur Unterstützung des Störfeuers einige Brosamen verteilte und die »anerkannten« Organisationen die Besetzungsbewegung mäßigen oder sogar stoppen wollten. Oft umfaßten diese Aktionen auch »eigenständige Rabatte«, d.h. Nulltarif oder Preisreduzierungen bei verschiedenen Einrichtungen (Supermärkte, Transportwesen) und die Störung verschiedener Festlichkeiten (Eröffnungsfeiern, Konzerte...). Auch dort konnte sich der Ansatz einer Basisorganisation langsam konstituieren, auch wenn sie sehr begrenzt blieb und mehr AktivistInnen als Arbeitlose oder Prekäre einbezogen haben mag. Zum Beispiel gab es eine tägliche Versammlung in einer Pariser Universität zur Diskussion und Vorbereitung von Aktionen, die höchstens 200 Personen zusammengebracht hat. An der Besetzung des Büros der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft im 18. Arrondissement von Paris, das nach über einer Woche geräumt wurde, haben sich nur wenige BewohnerInnen dieses »Einfache-Leute-Viertels« beteiligt.

Am 15. Januar 1998 gab die Regierung einen »Ausnahmefonds« von einer Mrd. Francs für »soziale Notfälle« frei und brachte einen ganzen Schwall von Versprechungen in Umlauf (Untersuchungsausschuß [mission de reflexion], Ge-

setz gegen den sozialen Ausschluß [loi contre exclusion], offizielle Anerkennung bestimmter Arbeitslosenverbände und Vorruhestand für Langzeitarbeitslose über 55...). Sofort gaben die Arbeitslosenverbände der politischen Organisationen im Kielwasser der Regierungslinken das Zeichen zum Rückzug. Auch wenn sich eine gewisse Dynamik anderer Strömungen weiterhin sporadisch und selbständig bemerkbar machte, hat der Niedergang der Bewegung wohl Ende Januar begonnen. Die Aktionen derer, die innerhalb einer gewissen Legalität bleiben wollten, sollten als Störfeuer dienen, und haben ihr Ziel erreicht, ohne sagen zu können, welches Feuer sie fürchten konnten, denn es gab eigentlich gar kein Feuer. Wenn andererseits die radikaleren Einzel- oder GruppenaktivistInnen ein Aktionsgebiet zu finden hofften, das sich aufgrund der früheren Bewegungen und der Bedeutung des Problems der »Prekarität« ausdehnen würde, so können sie aus ihrer Militanz nur den Schluß ziehen, daß sie eine Niederlage war (und wenn sie die Niederlage einer Form von Militantismus auf der Suche nach dem »revolutionären Subjekt«, um hier die Partei und hier die Klassenbewegung aufzubauen, reflektieren).

Mit allen Einschränkungen kann man die Bewegung gerade wegen der unberechtigten Befürchtungen oder Hoffnungen, die sie ausgelöst hat, als Nachfolgerin der Bewegungen der letzten zehn Jahre einordnen, die aufgrund ihrer spezifischen Merkmale breiter und unerwarteter waren. Sie fallen durch diese Merkmale zusammen, aber ohne sie formell mit anderen Bewegungen zusammenzubringen, die eigene Merkmale haben, wie die Bewegung der *sans papiers*, die der Vorstädte, der ArbeiterInnen, die für sich alleine oder zusammen kämpfen wie im Dezember 1995. Die Staatsmacht hat die fixe Idee, daß die verschiedenen Bewegungen wiederkommen und sich vereinigen, was heute nicht der Fall ist, aber im Bereich des Möglichen bleibt, ohne sagen zu können, ob es früher oder später passieren wird. Wenn es dazu kommen sollte, wird sich der wahre Charakter der existierenden oder entstehenden Organisationen zeigen, die teilweise die sehr beschränkte Arbeitslosenbewegung bremsten, als sie ihrer Kontrolle oder ihrer ideologischen Linie entglitt. Die unabhängigen Organisations- und Aktionsformen, die diesmal in Grundzügen sichtbar wurden, werden dann ihre wirkliche Dimension und ihren wahren Charakter zeigen. Dann werden sie einer sehr viel stärkeren Repression trotzen müssen, als das in den letzten Wochen der Fall war.

H.S., Februar 1998

Wir sind nichts - seien wir alles!

Heutzutage kann niemand mehr das Elend des alltäglichen Lebens in all seiner Ausdehnung ignorieren. Gerade weil das Elend so allgemein ist, wird es auch ganz allgemein angefochten, und diese Anfechtung wird sich in Zukunft noch weiter ausdehnen. Das Problem der Arbeitslosigkeit in seiner gegenwärtigen Form setzt mit Notwendigkeit die Frage der Arbeit und konsequenterweise die Frage der *Besetzung [emploi = Gebrauch] des Lebens selbst* auf die Tagesordnung. Deshalb betrifft der Kampf der Arbeitslosen JEDEN.

Wenn wir heute die *Ecole Normale Supérieure* in der Rue d'Ulm besetzen, so hat das vor allem einen unmittelbar praktischen Grund: Es geht uns darum, allen ein *Forum* zu geben, wo all das, was diskutierbar ist, auch diskutiert werden kann. Und in der Tat erlaubt es uns nur dieser Ort, mehrere Tage lang den Ordnungskräften standzuhalten. Die Isolation der Individuen war die Hauptschwäche der vergangenen Kämpfe und ist die bevorzugte Waffe der gegenwärtigen Machthaber. Und genau diese müssen wir durchbrechen.

Die Entscheidung, die ASSEDICs zu schließen, liegt vollständig bei der Regierung und der UNEDIC-Direktion (Nicole Notat). Diese Maßnahme dient offensichtlich einzig und allein dazu, die Arbeitslosen so uninformiert wie möglich gegenüber denen zu halten, die bereits kämpfen.

Es ist bekannt, wie sehr der Kapitalismus vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit als permanenter Bedrohung profitiert, die über jedem einzelnen Arbeiter schwebt. Die Arbeitslosigkeit stellt somit ein wirkungsvolles Instrument in der Verwaltung dieser Gesellschaft und ihres Elends dar. Aber die Arbeitslosigkeit ist auch eine *notwendige* Folge des Kapitalismus, *gegen die er nichts ausrichten kann*. Das Problem der Arbeitslosigkeit stellt das Problem des Überlebens des Kapitalismus. Heute ist die Selbstorganisation des Kampfes gegen die Ausbeutung und die Entfremdung am wichtigsten. Letztlich geht es darum, daß wir uns *unser Leben wieder aneignen*.

Schließt Euch uns an, schließt Euch Euch selbst an

- An der besetzten ENS in der Rue d'Ulm findet täglich um 18 Uhr eine Vollversammlung statt, ein Forum, das von *eurer* Unterstützung abhängt.
- Kommt zur Demonstration am Samstag um 14 Uhr, Platz der Republik.

Pressekommuniqué der BesetzerInnen der ENS

Montag, 19. Januar 1998

Die Medien versuchen, aus uns ein Symbol zu machen. Wir selber denken aber, daß wir eine Besetzung unter vielen anderen sind, und wir möchten nicht, daß die Medien uns überbewerten und damit die zig anderen Aktiven in den Schatten stellen, die gegenwärtig in ganz Frankreich im Rahmen der Arbeitslosen- und Prekärenbewegung laufen. Wir wollen uns auf keinen Fall als Stellvertreter dieser Bewegung aufspielen.

Von Anfang an wollen wir durch die vielen Besetzungen, die in Paris stattgefunden haben, einen offenen selbstverwalteten Ort schaffen, wo sich Arbeitslose, Prekäre, Studenten, Lohnabhängige, Gymnasiasten ... treffen und diskutieren können. Kurz all diejenigen, die sich in diesem Kampf wiedererkennen und mitmachen möchten. Die Regierung hat trotz ihrer Reden versucht, uns mit allen möglichen Mitteln zu behindern.

Es ist klar, daß wir uns diesen Ort nehmen werden, ob der Staat das nun will oder nicht. Wenn die Regierung die Absperrungen, die Kontrollen und die Festnahmen vervielfacht, macht sie uns nur noch wütender. Wir gehen heute nur deshalb hier raus, um uns an der Vollversammlung im Jussieu um 17.30 Uhr zu beteiligen. Und um diesen vielfältigen Kampf fortzusetzen. Die Dynamik und die Orte, die hier stattgefunden haben, werden überdauern, und wenn wir es für richtig halten, kommen wir zurück in die ENS.

Wir fordern noch immer:

- **Einmalzahlung von 3000 Francs für jedeN ArbeitsloseN!**
- **Sofortige Anhebung des gesellschaftlichen Mindesteinkommens um 1 500,- Francs!**
- **Ausweitung des RMI auf alle unter 25 Jahren und auf die StudentInnen!**
- **Grundsätzliche Neudiskussion des Systems der Arbeitslosenunterstützung!**
- **Leben können, wie wir wollen, ohne soziale Kontrolle!**

Dies ist nur ein Anfang!

Besetzer und Besetzerinnen der ENS

Alle zusammen!

Laßt uns unser Leben dem Gott Wirtschaft opfern!

Die 35 Stunden! Wir haben alle davon geträumt. Warum soll man etwas in 39 Stunden tun, wenn uns die Unternehmer auch zwingen können, es in entfremdender, erschöpfender und sinnloser Arbeit in 35 Stunden zu tun? Warum sollte man sich gegen den außerordentlich guten Willen erheben, den die Regierung Jospin zeigt, indem sie Millionen Arbeitsplätze schafft? Erst recht, wenn man weiß, wie unglaublich vielfältig die Berufsbilder sind, die die unerbittlich heranrollende Flutwelle von CDD [befristeten Arbeitsverträge] und CES [6-Monats-Verträge – ähnlich wie ABM-Stellen, meist 20-Stunden-Woche und 750,- Mark im Monat] mit sich bringen wird: die Berufsausbildungen, die mit dem Versprechen bezahlt werden, daß man hinterher besser ausgebeutet wird. Wachmänner bei Monoprix, Knastwärter, Sicherheitsbeamte mit Hund, Gemeindebullen mit 357er Magnum nach nur drei Wochen Ausbildung, Einstellungs-Entwerter bei den ASSE-DICs, Videokamera-Instandhalter in den Ecken der großen Verbrauchermärkte, Metro-Kontrolleure, Sozialversicherungsnummer-Tätowierer ... All diese wunderbaren Jobs, dieser auf uns zukommende fantastische Überfluß von glücklichen Konsumenten: Wer würde es wagen, all das zu verhindern?

Und die vier Stunden, die uns versprochen werden? Wer redet davon? Sicherlich nicht die Prekären, die Essen im Supermarkt klauen, weil sie, wie sie sagen, Hunger haben. Nein, sie wissen, daß sie die vier Stunden in einer Ausweiskontrolle verbringen werden. Habt ihr eine Vorstellung davon, was Hunger in einem Land wie dem unserem bedeutet? Also sind wir als Staatsbürger, sogar linke Staatsbürger, ganz klar und aus gutem Grund der Meinung, daß die Sozialisten eine gerechte Sozialpolitik vorschlagen, und sind besorgt darüber, daß dieser kleine Bruch größere Probleme mit sich bringen könnte – wir also sind glücklich, daß wir über diese vier Stunden verfügen können. Durch die Neuverteilung der Arbeitszeit werden wir endlich später aufstehen können – denn manchmal streiken die Bettler, und wir kommen deshalb zu spät – und das, ohne daß wir es überhaupt merken. Wir werden auch mehr Zeit für unsere gewerkschaftlichen Aktivitäten haben (wir haben schließlich die nicht zu verachtende Chance, in einem Land zu wirken, wo die Gewerkschaften – und

wer wüßte das besser als [die CFDT-Vorsitzende] Nicole Notat – sich mit den Regierungen und den Unternehmern abstimmen, um herauszufinden, wie sie den greinenden Pöbel am besten ins Gesicht ficken können). Vier Stunden mehr, um uns um unsere verseuchten Kinder zu kümmern, um alle möglichen Betrüger anzuzeigen, um uns auf den Ämtern wie räudige Hunde behandeln zu lassen, um unsere Ausweise so vielen städtischen Kontrolleuren wie möglich zu zeigen, um das alltägliche Elend genauer betrachten zu können, um die Spiele der Fußballweltmeisterschaft anzugucken, die wir schließlich alle bezahlt haben ...

All das erlauben uns die 35 Stunden. Jetzt, wo die Arbeitslosen-Bewegung bekommen hat, was sie wollte (2 Francs mehr für die Leute mit RMI, 266 Francs für die paar linken Quengler und ein paar Pseudo-Arbeitsplätze für Jugendliche) ist es Zeit, daß wir uns ernsthaft mit diesem fantastischen gesellschaftlichen Fortschritt beschäftigen.

Wir können dieser Regierung vertrauen, die durch die enorme aber gerechte Anzahl von Legalisierungen der sans-papiers bereits gezeigt hat, daß sie weiß, wie man einerseits kritische Probleme abschätzt und sie entsprechend seiner Versprechen löst, und sich andererseits an die weltweite Herrschaft des Geldes herangewagt hat, weil ihr an erster Stelle die ur-eigensten Menschheitsinteressen am Herzen liegen und nicht ihr eigenes Überleben.

Egal, was gewisse Berufssagitatoren sagen mögen: Das Geld muß der König in dieser Gesellschaft bleiben, deren demokratische und egalitäre Prinzipien niemandem entgangen sein dürften. Nur die politischen Institutionen des Planeten und unseres Landes sind in der Lage, die soziale Ausschließung zu verringern, und in 10 oder höchstens 15 Jahren werden wir 6 Milliarden Menschen auf der Erde haben, die ganz einfach glücklich sind zu leben.

***Diese Regierung ist die unsere!
Die 35 Stunden sind unser Rettungsring!
Es lebe die liberale Ökonomie!
Es lebe Jospin!
Es lebe die Linke!***

Wir treffen uns am Mittwoch, 28. Januar um 14 Uhr auf dem Place de la Réunion
V.i.S.d.P. Buzenval oder Alexandre Dumas

»Die waren noch nie in der Fabrik ...«

Interview mit einem früheren Fabrikarbeiter, den es zu den Straßenfegern verschlagen hat

Du warst bis vor zwei Jahren in einer Fabrik, in der mehrheitlich ArbeiterInnen aus der Türkei arbeiteten; jetzt bist Du bei der BSR (Berliner StraßenReinigung) in Köpenick, wo nur wenige Ausländer beschäftigt sind.

Ich habe einen Zeitvertrag über fünf Monate, vom 1.11.97 bis 31.3.98; ich bin als Handreiniger (mit Besen und Wägelchen) eingestellt worden zum Winterdienst. Von den Zeitvertraglern im letzten Jahr wurden 25% übernommen. Ich verdiene durchschnittlich 3 000 netto, ohne Überstunden, da ich drei Kinder habe. Brutto sind das 4 200 mit 40-Stundenwoche, dabei sind aber schon die Kindergeldzuschläge drin. Das heißt, ich verdiene jetzt mehr als vorher in der Fabrik. Ohne das Extra-Kindergeld im Öffentlichen Dienst, das macht bei mir 500 Mark aus, wäre der Bruttolohn so hoch wie momentan in der Fabrik bei 35-Stundenwoche, Akkord am Band. Wir sind alle nach Ost-Tarif eingestellt worden. Seit drei Jahren stellt die BSR nicht mehr nach West-Tarif ein, egal wo du arbeitest.

Wie hoch ist der Unterschied zwischen Ost- und West-Tarif?

Der Unterschied ist 20%. Die Lohnunterschiede bei der BSR waren schon immer sehr hoch. 3 700 bis 3 800 ist der unterste Lohn, dann gibt es S-Fahrer oder Müllabfuhr, die haben brutto, ledig ohne Kinder, ohne Überstunden, 8 000 DM. Aber einen solchen Job kriegst du nur über Schmiergelder. Wenn du dich von außen bewirbst, hast du sowieso keine Chancen, aber auch für jemand, der sich intern bewirbt, gibt es nur die Möglichkeit, 15 Riesen zu zahlen für einen solchen Job. In den letzten Jahren haben sogar Handreiniger 8 000 DM dafür bezahlt, daß sie von einem befristeten auf einen festen Platz als Handreiniger kamen! Das funktioniert tatsächlich: die Hälfte muß du vorstrecken, die andere Hälfte zahlst du drei Monate nach Vertragsabschluß.

Und wieso können die einfach sagen: Ost-Tarif?

Die machen vor der Einstellung eine Personalbesprechung in Treptow, ein paar hundert Meter auf Ost-Berliner Gebiet. Die Einstellung selber erfolgt dann in der Ringbahn-Straße, also mitten in West-Berlin, aber die stellen das so dar, daß die Einstellung in Treptow erfolgt sei, in der Ringbahn-Straße würden rein formale, bürokratische Dinge abgewickelt; und damit sparen sie eben 20% vom Lohn.

Wir haben 40-Stundenwoche, die Arbeitszeiten sind beschissen: Im Winter fangen wir morgens um fünf Uhr an (im Sommer um sechs Uhr). Um fünf Uhr treffen wir uns alle bereits in oranger Arbeitskleidung in der Kantine, werden dann auf Kolonnen verteilt und fahren die Plätze an, wo wir sauber machen sollen. Um 5.30 Uhr triffst du dann am Arbeitsplatz ein; wenn du einen guten Fahrer hast, läßt er dich noch 15 Minuten im warmen Auto sitzen und rauchen, wenn du ein Schwein hast, dann mußt du 20 nach 5 gleich loslegen. Dann wird um 8 Uhr gesammelt zum Frühstück, bis um halb neun. Dann wirst du wieder auf die Arbeitsplätze verteilt und je nach Laune des Kraftfahrers dann zwischen 12.15 Uhr und 13 Uhr wieder eingesammelt.

Wir sind eingestellt für Köpenick, arbeiten aber auch in den Plattenbausiedlungen in Hellersdorf, in Friedrichshagen usw. Es macht einen Unterschied, wo du arbeitest, in manchen Gegenden ist vor 7 Uhr keine Bäckerei und auch nichts anderes geöffnet, wo man mal einen Kaffee trinken oder auf die Toilette gehen kann. In Hellersdorf bist du dann aufgeschmissen, wenn du mußt! Da mußt du einen Kilometer laufen. Also von den 8 Arbeitsstunden täglich arbeiten wir netto zwischen fünf und sieben Stunden. Das hängt wie gesagt von den A-Fahrern ab: die haben immer 5 Mann pro Tour. Die müssen unsere Strecke abfahren und uns kontrollieren, die Säcke, die wir mit Laub und Dreck gefüllt haben, müssen sie einsammeln und auf den Hof transportieren.

Wir Handfeger fegen die Gehwege; dann gibt es noch kleine und große Kehrmaschinen. Die Fahrer der kleinen Kehrmaschinen verdienen 5 000, die der großen 8 000 Mark. Kraftfahrer kriegen 4 500. Das sind aber alles Arbeiter, das sind keine Vorgesetzten.

Auf dem Hof arbeitet eine einzige Frau.

Was ist grundsätzlich anders bei der Arbeit in der Fabrik und bei der Arbeit in einer BSR-Kolonne?

Du findest überhaupt keine Kollegialität. In der Fabrik ist das ganz anders: du kannst reden, du kannst politisch reden in der Fabrik, über Fußball, über irgendwas, du kannst dich bewegen, du kannst mit deinen Kollegen reden, du kannst Widerstand leisten, du kannst sagen, ich will pissen gehen und einen Springer rufen Bei der BSR kannst du natürlich jederzeit pissen gehen, aber du findest kein Klo. Zweitens bist du meistens allein oder zu zweit; wenn du zu zweit bist und der Arbeitskollege ist nicht gut drauf, ist Scheiße für dich, da ist es besser,

allein zu sein. Bei den Festangestellten ist es noch besser: die arbeiten immer mit demselben Kollegen zusammen, zumindest solange es keine Beschwerden gibt. Wir Zeitvertrager müssen sehr häufig wechseln. In der Fabrik arbeitest du unter vielen Leuten, du kannst diskutieren, du kannst dich gegen die Vorgesetzten durchsetzen, das macht insgesamt eine gute Stimmung. In der BSR gibt es niemand, gegen den du dich durchsetzen kannst, alle schießen bei den Vorgesetzten die anderen an. Jeden Tag gibt es Krach: z.B. weil ein Kraftfahrer einen anderen beim Vorgesetzten anschießt, ein Straßenfeger sich über einen Kraftfahrer beschwert, jeder gegen jeden.

Aber die arbeiten doch schon lange zusammen?

Ja, das sind Leute, die arbeiten seit sieben, acht Jahren zusammen. In der Fabrik siehst du in der Pause verschiedene Leute: die einen spielen, manche lesen usw. Bei der BSR wird in der Pause nur gefressen.

Ihr seid ja wenige Ausländer bei der BSR?

Ja, wir sind zehn Prozent. Die BSR hat beschlossen, nicht über zehn Prozent Ausländer einzustellen, egal ob befristet oder nicht.

Das weißt du sicher, oder denkst du dir das nur?

Das haben die natürlich nicht offen gesagt, aber die Zahlen sprechen für sich. Insgesamt wurden in diesem Jahr in Berlin 200 Leute eingestellt, darunter 19 AusländerInnen. Letztes Jahr wurden 150 eingestellt, darunter 16 AusländerInnen. Bei uns im Hof sind von 25 Festeingestellten zwei Ausländer, von den 22 Zeitvertraglern sind auch zwei Ausländer. Da kann mir niemand erzählen, das sei Zufall!

Wie ist das Verhältnis zu den deutschen Kollegen?

An den ersten Tagen hatte ich viele Probleme. Wo ich arbeite, sind wir vier Ausländer: ein Bosnier, ein Libanese und zwei Türken. Die anderen drei verstehen oft nicht, was die deutschen Kollegen sagen, seien es nun Schimpfwörter oder sonst was. Und vor allem die ostdeutschen Kollegen reden absichtlich schnell und undeutlich und versuchen mit allen Tricks, die ausländischen Kollegen klein zu machen. Ein ausländischer Kollege hatte es geschafft, A-Fahrer zu werden, da haben sie sich solange über ihn beschwert, bis der Chef ihn nach drei Wochen wieder zum Handreiniger zurückstufte. Kein deutscher Kollege hatte mit ihm fahren wollen: »Nein, ich verstehe ihn nicht, er versteht uns nicht. Ich will nicht

mit ihm fahren.« Der Kollege kommt aus Mazedonien, lebt seit fast 8 Jahren hier, ist mit einer deutschen Frau verheiratet und hat hier Kinder, das heißt, er kann schon Deutsch reden! Er hat im letzten Jahr die Prüfung zum Fahrer gemacht, viele Überstunden gemacht, ist jeden Samstag freiwillig gekommen, auch sonntags. Angeblich brauchte er soviel Geld und ist auf den Arbeitsplatz angewiesen. Von seiner Familie aus Mazedonien sind ganz viele nachgekommen und er hat keinen Bock auf Mafia-Arbeit.

(Ein anwesender Kollege aus der Fabrik:) Ein typischer Schleimscheißer!

Nein, das ist kein Schleimscheißer! Ich bin zwei Wochen mit ihm gefahren, da sind wir immer erstmal an Tankstellen gefahren, haben Kaffee getrunken und erst um 6 Uhr mit der Arbeit angefangen. Er braucht halt den Job, das ist alles! Er hat sich auch geweigert, die übliche Bestechungssumme zu bezahlen.

Einmal habe ich wegen dieser rassistischen Anmache im Umkleideraum geschrien: Es reicht mir! Ich will keine Polizeiarbeit machen, aber ich renne gleich zu einem Vorgesetzten. Die haben so viele rassistischen Sachen gesagt und das ist verboten. Einer hat zu mir gesagt: »Sei froh, du hast nur mit einer Rasse Probleme, wir als Deutsche haben mehr Probleme, wir wissen nicht mehr, was wir mit den ganzen Rassen hier tun sollen!« In der Fabrik hat es so was nie gegeben!

Wieso war es da anders? Weil er die Mehrheit wart und die Deutschen Angst vor euch hatten? Waren die genauso rassistisch, hatten aber Angst vor euch?

Ich glaube, bei der BSR arbeitet die unterste Klasse und die suchen nach Leuten, die noch weiter unten stehen und die sie unterdrücken können. Die sind nicht bewußt rassistisch, aber die sind auch als Mensch und als Klasse nicht bewußt. Die sind genauso sexistisch; wenn wir mit dem KS (Doppelkabinen-LKW) unterwegs sind und die sehen eine Frau, die irgendwie anders aussieht, rote oder bunte Haare hat, da sagen die immer: »Guck doch, diese Muschi!« In den ersten Tagen hab ich gar nicht verstanden, was die meinen. Die haben drei Wörter für Frauen: ihre eigenen Frauen heißen »Olle«, alle anderen Frauen heißen »Muschi«, nur die ganz vernünftigen Kollegen sagen »Weiber«. Ich hab was dagegen gesagt, da haben sie mich gleich gefragt, ob ich schwul bin.

Sind das alles Osis?

Bis auf zwei Westberliner sind das alles Osis.

Und die waren noch nie in der Fabrik?

Die waren noch nie in der Fabrik. Die meisten sind ehemalige Bauarbeiter, die vom Bau die Schnauze voll hatten, drei waren Rausschmeißer/Zuhälter, andere haben freie Jobs gemacht Die Rausschmeißer können ihren Beruf nur bis etwa 30 machen, jetzt suchen die halt ne andere Chance, und die können sie fast nur bei der BSR finden. Als Rausschmeißer waren sie den Ausländern gegenüber Chefs. Der eine hat mir gleich gesagt: »Ich habe immer mit den Türken Probleme gehabt!« – Aber die drei sind untereinander eng befreundet, die haben sich zu dritt bei der BSR beworben, das gefällt mir ganz gut, wie die zusammenhalten, es sind die einzigen Zeitvertrager im ganzen Hof, die zusammenhalten. Dann gibt es noch einen KS mit fünf Festangestellten, den die Vorgesetzten dauernd auseinanderzunehmen versuchen, aber damit kommen sie nicht durch. Die saufen den ganzen Tag und halten auch zusammen. Die machen auch ihre Deals mit dem Leiter; z.B. haben sie gesagt, wir kommen zu fünft freiwillig an Sylvester, dann kannst du andere nachhause schicken, aber dafür wollen wir auch was; z.B. weigern sie sich, bei Wintereinsätzen bis abends um 9 Uhr zu arbeiten, die sagen dann einfach: länger als 12 Stunden arbeiten ist verboten. Aber wie gesagt, die fünf und die drei sind die einzigen, die zusammenhalten. Und das sind auch die mit den härtesten rassistischen Sprüchen. Aber mit den drei kann man wenigstens diskutieren, mit den anderen kann man nicht diskutieren, wenn du ihnen widersprichst, sagen sie gleich, du hast recht, das war ein Mißverständnis, du verstehst sowieso nicht so viel. Die haben fast noch nie mit Ausländern zusammengearbeitet, ihre Informationen darüber beziehen sie zum größten Teil aus dem Berliner Kurier (Ossis lesen Berliner Kurier, Wessis lesen BZ). Die wollen nerven.

Hat sich in der Fabrik das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern geändert?

H: Die Ausländer sind weniger geworden, aber am Umgang untereinander hat sich nichts verändert, das ist wie früher. Jede Gruppe geht einzeln in ihre Sozialecke: die Vietnamesen, die Deutschen, die Kurden, die Türken usw.: jede Gruppe hat ihre Sozialecke.

Wir gehen alle in dieselbe Kantine. Wir müssen nicht, wir haben drei Räume, zwei kleine und einen großen. Als ich anfang, hatten die beiden ausländischen Kollegen immer alleine unten im kleinen Raum gegessen. Ich hab sie aber überzeugt, daß wir alle zusammen in die große Kantine gehen müssen: »Die müssen uns kennenlernen, wir sind auch normale Menschen!« A. und ich haben versucht, Gegeninformation zu machen: »Man darf nicht verallgemeinern, nicht alle Ausländer haben was mit der Mafia zu tun, wir wollen keinen Haß untereinander ...« Die Sache hat sich dadurch nicht verbessert, aber die Rassisten haben sich etwas zurückgezogen. Bei der Weihnachtsfeier '96 hatten vier aus der Fünfertruppe zwei ausländische Kollegen körperlich angegriffen, einer war schwer verletzt.

Zum Glück ist er nicht zur Polizei gegangen, das hätte nicht mal etwas gebracht, die waren alle besoffen, das wäre höchstens auf eine Kündigung hinausgelaufen, sonst nichts! Dieses Jahr hat der Leiter am Tag vor der Weihnachtsfeier eine Rede gehalten: »Wer nach zwei Bier sein Maul nicht mehr halten kann, soll nachhause gehen oder erst gar nicht auf die Weihnachtsfeier kommen! Wir haben nach den Auseinandersetzungen im letzten Jahr nur vier Abmahnungen verteilt, weil sich der betroffene Kollege nicht beschwert hat, aber dieses Jahr bin ich selber dabei und wenn nur ein einziger Satz fällt, kommt es zur Kündigung.« Daraufhin sind die acht einfach früher abgehauen und nicht auf der Weihnachtsfeier geblieben. Die Rausschmeißer hetzen ja auch, wenn sie nicht trinken.

Meinst du, das hat jetzt was gebracht, daß ihr euch unter die deutschen Kollegen gemischt habt?

H. und ich essen auch Schweinefleisch, A. und H. essen kein Schweinefleisch und machen Ramadan. Das hat die Deutschen etwas durcheinander gebracht, sie haben das Gefühl, die Sache nicht mehr ganz zu überblicken. Am ersten Tag von Ramadan war einer zu mir gekommen und hat gesagt: »Heute ist Ramadan, du frißt nicht, du säufst nicht und du bumst nicht.« Da habe ich gesagt: »Wieso denn? Das hängt doch vom Glauben ab, damit hab ich doch nix zu tun!« Die meisten kommen erstmal mit Vorurteilen. Am ersten Tag haben sie zu mir schon gesagt: »Warum kommst du hier arbeiten, warum machst du keine Döner-Bude auf?« Ich hab das erstmal gar nicht verstanden, was der will, bis ich kapiert habe, daß das sein Bild ist: Türken stehen immer in Döner-Buden. Ich hab ihm gesagt: »Ich hab keine große Familie.« »Wieso große Familie?« »Was meinst du denn, wie viele Arbeitskräfte du brauchst, um 24 Stunden am Tag offen zu halten?« A. hat gesagt: »Die meiste Hetze kommt wegen der Vorurteile, die kennen uns nicht. Die gucken nur auf unsere Haare, auf unsere Sprache.« Und da haben wir gedacht, wir können diese Vorurteile ein bißchen abbauen.

Aber was komisch ist: in der Fabrik wird immer über die Arbeit gesprochen, die Akkordzahlen, ob es Samstagsarbeit gibt oder nicht, ob was passiert, über die Arbeit. Bei BSR wird fast nicht über die Arbeit gesprochen! Nur die Zeitvertrager haben über ihre Zeitverträge gesprochen, aber auch nicht über die Arbeit. Dabei haben sie bei der BSR in den letzten Jahren verdoppelt: vor fünf Jahren mußte ein Mann 2,6 Kilometer machen, heute muß er 5,2 machen, die Planung sieht vor, daß im nächsten Jahr ein Mann 7,1 Kilometer machen muß.

Begründen die das mit irgendwelchen Veränderungen?

Der Besen und der Wagen sind gleich geblieben. An manchen Plätzen sagen sie, die Bordsteinkante wird von der großen Kehrmachine gereinigt, aber das machen

wir sowieso nicht, und wenn, dann macht das 5% von der Arbeit aus! In Zukunft wollen sie dann pro Kolonne eine kleine Kehrmaschine abstellen. Aber eine kleine Kehrmaschine kann in sieben Stunden höchstens 20 Kilometer machen, und bei fünf Mann und jeweils 7,1 Kilometer wären das ja über 35 Kilometer! In Wirklichkeit ist das ganz nackte Arbeitsverdichtung. Trotz der 200 eingestellten Zeitvertragler arbeitet die BSR mit Unterbesetzung, es fehlen einfach Leute.

Es ist ja schwer, sich vorzustellen, wie es in einer solchen Situation zu gemeinsamen Kämpfen kommen soll ...

Darüber hab ich auch schon nachgedacht. Einerseits muß man sagen, daß Gewerkschaftsarbeit, wie ich sie aus der Fabrik kenne, da praktisch nicht stattfindet. Es gibt nur eine Betriebsversammlung im Jahr im ICC, ob da überhaupt alle Kolonnen hinkommen, weiß ich nicht. Einmal kam ein Betriebsrat vorbei und hat erzählt, daß die BSR privatisieren will und hat dazu aufgefordert, zu dem CDU- und zu dem SPD-Parteitag zu demonstrieren. Alle festangestellten Handreiniger haben dann Angst gehabt vor der Privatisierung. Ich habe gesagt: »Auch wenn ich festangestellter Handreiniger wäre, hätte ich keine Angst, denn die Handreinigung wird nicht privatisiert!« Wer macht denn diese Scheißarbeit für weniger Geld: egal ob es regnet oder kalt ist, du bist immer draußen! Die waren aber alle der Ansicht, daß sie Leute finden: »Guck doch mal, ich war früher Bauarbeiter, heute gibt es kaum noch deutsche Bauarbeiter, die holen Leute aus Polen und notfalls aus Rußland!« Ich denke schon, daß sie bestimmte Bereiche bei der BSR privatisieren wollen, die Kehrmaschinenarbeit und die Müllabfuhr. Denn dort verdienen die Leute im Durchschnitt monatlich 9000 mit Überstunden. Die haben 6000 Grundlohn, dazu kommt 1000 Mark Gedingezulage (wir kriegen 300 Gedinge), plus ca. 900 Mark Leistungszulage. Dann müssen sie mindestens zweimal die Woche Überstunden machen, das macht auch mindestens 1000 Mark im Monat aus, damit sind wir bei 9000 brutto durchschnittlich.

Ich hab also ganz klar gesagt: »Die wollen nur diese Art von Arbeit privatisieren!« »Woher weißt du das?« haben die Kollegen gefragt. Ich hab mir einfach die Privatisierungsgeschichte von ALBA und AWU durchgesehen und habe gesehen, daß die BSR im Oktober '97 ALBA unter der Hand fünf Millionen Mark gegeben hat. ALBA hatte damit gedroht, Ende '97 Konkurs anzumelden, BSR hat also der »Konkurrenz« fünf Millionen gegeben, damit sie nicht Konkurs machen. Und ALBA macht keine Straßenreinigung, die machen S-Fahrer und Müllabfuhr. Und in diesen Bereichen, wo BSR 9000 bezahlt, bezahlt ALBA in etwa die Hälfte: 4500 Mark, das ist für manche Leute auch noch »gutes Geld«. Deshalb hab ich gesagt, wenn die privatisieren, dann diese Bereiche, die Handarbeit interessiert keine Sau. Meine Kollegen haben dann gesagt: »Und was ist mit den Reinigungskräften, die arbeiten auch viel billiger?« Da hab ich gesagt: »Die arbeiten aber in

den Gebäuden, außerhalb machen sie höchstens 500 Meter, wenn sie zum Gebäude dazugehören!«

Die ganze Zeit haben eben die Vorgesetzten und die Gewerkschaft mit Privatisierung gedroht und dann sind sie gekommen und haben gesagt: »Du mußt mehr Kilometer machen!«

AWU macht Pappe und Bauschutt, ALBA macht eigentlich alles außer Straßenreinigung. Aber obwohl die deutlich weniger zahlen, haben sie beide ernsthafte wirtschaftliche Probleme, weil sie die Leute nicht dazu bringen, acht Stunden zu arbeiten....

Und wie war es mit den Kämpfen?

Ich versuche, erstmal einen gemeinsamen Punkt zu schaffen und über die Arbeit zu reden, vor allem, wenn wir zu sechst im KS unterwegs sind.

Zwei Tage war ich mit einem Kollegen zusammen, der als einziger ein bißchen netter zu uns ist, der war früher Polizist, zuerst in der DDR, später in der BRD. In der DDR haben sie ihm gekündigt, weil er gegen die Demonstranten nicht knüppeln wollte; nach der Wende war er wieder Polizist und als er am 3. Oktober zum Alex geschickt wurde, hätte er gegen die Autonomen knüppeln müssen. Da hat er gesagt, das hab ich für den Honecker nicht gemacht und das mach ich für den Kohl auch nicht und hat sich unerlaubt vom Dienst entfernt, da wurde er wieder gekündigt. Dann war er zwei Jahre arbeitslos und jetzt arbeitet er seit fünf Jahren bei der BSR. Der hat vier Kinder, die bei seiner Frau leben, er wohnt in Köpenick. Als der Fahrer uns irgendwo rausgelassen hat, haben wir unsere Wagen festgebunden, ein Taxi gerufen und uns in seine Wohnung fahren lassen. Er hat Kaffee gemacht, ich habe gelesen und er hat Play Station gespielt. Um sechs Uhr waren wir bei ihm zuhause, halb Acht sind wir mit der Straßenbahn zurückgefahren, haben dann im Wald oder so Laub zusammengesucht und acht Säcke damit gefüllt. Nach der Pause hat er dann nur noch gesoffen, mir hat er gesagt, ich soll in den Wald gehen, zehn Säcke voll machen und an der Straße verteilen. Nach zwei Tagen haben sie dann gemerkt, daß ich bei ihm mitmache – die hatten gehofft, daß ich nicht mitmache! – und haben mich dann woanders hin versetzt. Ihn können sie nicht rausschmeißen, weil er zur Fünferbande gehört, ein paarmal haben sie gegen ihn was gemacht, dann haben die anderen vier sich solidarisiert. Die anderen vier haben die beiden ausländischen Kollegen zusammengeschlagen, aber er hat dabei nicht mitgemacht. Wie gesagt, auch die die hetzen, sind im Kopf nicht wirklich ausgeprägte Rassisten, das meiste sind reine Vorurteile, sie sind der letzte Arsch und suchen den allerletzten Arsch.

Die neuen Arbeitsverhältnisse und die Perspektive der Linken

Einleitende Thesen

Das folgende Referat hat Karl Heinz Roth im Januar 1998 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Zeitung »Junge Welt« gehalten.

Wer über neue Arbeitsverhältnisse diskutieren will, sollte aus Gründen der Unterscheidung und der begrifflichen Genauigkeit erst einmal mitteilen, was er/sie unter den alten Arbeitsverhältnissen verstanden wissen möchte.

1 Bis gegen Ende der 1970er Jahre waren die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen durch doppelt freie Lohnarbeit mit existenzsichernden Einkommen, tarifvertraglich festgelegten Arbeitszeiten (Achtstundentag) und einem garantierten Eigentumsersatz zur Absicherung der individuellen Existenzrisiken gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und Alter (Sozialversicherung) bestimmt. Als Reproduktionsform war die proletarische Kernfamilie vorherrschend. Sie war durch eine rigide geschlechts- und generationspezifische Arbeitsteilung zwischen Männern, Frauen, Kindern und Alten geprägt.

Die ökonomische Grundlage dieser Arbeits- und Lebensverhältnisse bildete ein von der Arbeiterbewegung im Verlauf von etwa 60 Jahren erkämpfter Status quo mit den herrschenden Klassen. Der Kapitalismus wurde durch Vollbeschäftigungsgarantien gezügelt. Diese modifizierte Variante des Akkumulationsregimes setzte sich nach dem zweiten Weltkrieg weltweit durch (Keynesianismus im Westen und in den Schwellenländern, Staatskapitalismus im Osten, neokoloniale Entwicklungsdiktaturen in der Peripherie).

Dieser Zustand war aber auch in den vier Ausnahmejahrzehnten des Vollbeschäftigungskapitalismus mehr Modell als Wirklichkeit. Und er hatte extreme Kehrseiten, die es verbieten, etwa unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen von einem »goldenen Zeitalter« der Arbeiterklasse zu sprechen. Die Arbeitsqual und der Despotismus der taylorisierten Fabrik waren berüchtigt. Der Alltag war grau und durch eine eintönige Lebensperspektive geprägt, aus der es nach der ersten beruflichen Festlegung meistens kein Entrinnen gab. Die Beziehungen zur Sozialversicherung waren entfremdet: Wer sie in Anspruch nehmen mußte, weil er/sie den Normen der »Leistungsgesellschaft« nicht mehr genügte, wurde oft ausgegrenzt. Zusätzlich prägten sexistische und rassistische Hierarchisierungen

den Arbeitsalltag und die Lebensverhältnisse. Vor allem die Frauen, die neben der Lohnarbeit unbezahlte Reproduktionsarbeit leisteten, aber auch die Jugendlichen und die Migrationsarbeiter bekamen sehr wenig von den Segnungen der »Einkommensrevolution« des Vollbeschäftigungskapitalismus zu spüren. Hinzu kam eine neokoloniale Raub- und Entwicklungswirtschaft, die in den Drei Kontinenten das sozialpartnerschaftliche Vollbeschäftigungsmodell Lügen strafte und die kleinbäuerliche Massenbasis der Befreiungsbewegungen im Rahmen einer »Grünen Revolution« angriff. Das alles in allem doch recht zwieschlächtige Akkumulationsregime des Vollbeschäftigungskapitalismus wurde seit den 1960er Jahren durch eine Sozialrevolte weltweit in die Krise gestürzt.

Dadurch wurde das kapitalistische Weltsystem zu einem neuen Entwicklungssprung gezwungen. Es formierte sich zu einem neoliberalen Gegenangriff. Hauptziel war dabei die Umwandlung der bislang »geschützten« Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital in »ungeschützte« Arbeitsverhältnisse und die beschleunigte Proletarisierung des kleinbäuerlichen Subsistenzmilieus der Peripherie. Durch die Entfesselung der Teufelsmühlen der Märkte sollten zugleich wesentliche Inhalte der Revolte einem neuen Zyklus der Mehrwertproduktion einverleibt werden.

2 Die *neuen* Arbeitsverhältnisse haben sich in den letzten 25 Jahren in mehreren Etappen durchgesetzt. Die ersten Experimente fanden zu Beginn der 1970er Jahre in einigen Schwellenländern statt (z.B. Triumph der neoliberalen »Chicago Boys« in Chile 1973). Der entscheidende Durchbruch erfolgte um 1980 in England, in den USA und in Italien (Thatcher, Reagan, Niederschlagung der in Italien am weitesten entwickelten neuen Arbeiterbewegung). Den Abschluß bildete 1989/90 der Zusammenbruch des Staatskapitalismus in Ost- und Südosteuropa, wo die Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse explosionsartig verlief und entsprechend dramatische Formen annahm.

Die neuen Arbeitsverhältnisse sind heute weltweit etabliert:

- Die Kleinbauern der drei Kontinente sind weitgehend in landlose ProletarierrInnen und HalbpächterInnen umgewandelt.
- In den Schwellenländern hat sich aus den proletarischen Übergangsstrukturen des vorherigen Zyklus eine neue Arbeiterklasse herausgebildet.
- Auch in den Zentren des Weltsystems sind die bisherigen Arbeitsverhältnisse inzwischen weitgehend umgewälzt und den Disziplinierungsfunktionen einer massenhaften Erwerbslosigkeit ausgesetzt.

Dabei kam es zu kontinentalen und internationalen Wanderungsbewegungen, die die alte territoriale Dreiteilung auch der proletarischen Welt trotz aller kontinentalen Abschottungsversuche (Schengener Abkommen, Nafta-Vertrag) zunehmend aufheben. Diese migrationsbedingte Durchmischung des Weltproletariats

ist in den etwa 300 neuen Agglomerationszentren besonders ausgeprägt. Denn sie sind letztlich das Ziel der proletarischen Massenwanderungen vom Land in die Stadt, vom Süden in den Norden und vom Osten in den Westen. Ihr Ausmaß und ihre Bedeutung übertreffen inzwischen jene Migrationsbewegungen, die das Proletariat um die Jahrhundertwende neu zusammensetzten und vergrößerten. Aber auch strukturell ist eine zunehmende Homogenisierung festzustellen, weil unbeschadet der oftmals enorm vergrößerten Einkommensunterschiede und der arbeitsmarktpolitischen Segmentierungen weltweit der Trend zur Durchsetzung »ungeschützter« Arbeitsverhältnisse vorherrscht. Die Realeinkommen garantieren immer seltener das soziale Existenzminimum. Die Arbeitszeiten sind nicht mehr begrenzt, sondern oftmals extrem verlängert und auf die gesamte Arbeitswoche ausgedehnt. Die Arbeitsplätze selbst sind nicht mehr vertraglich gesichert und die sozialen Sicherungssysteme weitgehend demontiert. Zusätzlich werden die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oftmals verschleiert, an die Stelle des frei geschlossenen Lohnvertrags treten neue, weniger eindeutig durchschaubare Abhängigkeiten. Alle diese Veränderungen dienen nur einem einzigen Ziel: der extensiven und intensiven Steigerung der Ausbeutungsraten als Quellen der Abpressung von Mehrwert.

Das Proletariat konstituiert sich somit heute, 150 Jahre nach dem *Kommunistischen Manifest*, erstmals *objektiv* weltweit, und 85 Jahre nach Rosa Luxemburgs *Akkumulation des Kapitals* hat sich der Kapitalismus entgegen ihrer Voraussage auch die nichtkapitalistischen Milieus endgültig einverleibt. Erstmals in der Geschichte stellen die Eigentumslosen, die ihre Arbeitskraft feilhalten und verkaufen müssen, um leben zu können, *quantitativ* die Mehrheit der Weltbevölkerung. Das Weltproletariat steht einem zum globalen Marktliberalismus zurückgekehrten kapitalistischen System der strategischen Unterbeschäftigung gegenüber. Es ist dabei Reproduktionsbedingungen unterworfen, die die von Marx im Anschluß an das Kommunistische Manifest erarbeiteten Prognosen über die Beziehungen zwischen Kapitalakkumulation, industrieller Reservearmee und Massenverelendung eindrucksvoll bestätigen. Eine gigantische relative Surplusbevölkerung ist wiedererstanden. Das Kapital hat sie weltweit in eine industrielle Reservearmee verwandelt und setzt sie als Hebel zur Senkung der Lohnquoten ein. Während die bisherigen gesamtwirtschaftlichen Regulierungssysteme zerfallen oder privatisiert werden und während die Masseneinkommen sinken, haben die Profitraten im Ergebnis einer weltweiten neoliberalen Wirtschafts- und Staatsintervention das Niveau der besten Jahre des Vollbeschäftigungskapitalismus erreicht.

Gleichwohl verfügt dieses Proletariat hinsichtlich seiner sozialen Zusammensetzung und seiner ökonomischen Verankerung innerhalb des Weltsystems über grundsätzlich neue Eigenschaften, auch wenn es vor allem aus metropolitane Perspektive in mancher Hinsicht zu älteren Konstitutionsformen zurückzukehren

scheint. Es stellt eine *neue Qualität* dar, die der marxistisch-leninistischen Theorie von der allgemeinen Herausbildung des doppelt freien Lohnarbeiters als Hauptergebnis des kapitalistischen Klassenkonflikts widerspricht.

Die neuen LandarbeiterInnen und Halbpächter der *Peripherie* reproduzieren sich in familiären Überlebensverbänden, in denen unfreie Arbeitsverhältnisse und Querbeziehungen zu kleingewerblich-kleinhändlerischen Erwerbsquellen eine wichtige Rolle spielen. Auf diese Weise ist aus der bisherigen kleinbäuerlich-nichtkapitalistischen Subsistenzwirtschaft ein neuer Kosmos der proletarisierten Schattenökonomie entstanden, in der zu mehr als zwei Dritteln Frauen und Kinder ausgebeutet werden und in die Mehrwertketten des transnationalen Kapitals einbezogen sind.

Der größte Teil der neuen LohnarbeiterInnen der *Semiperipherie* verfügt entweder nicht mehr frei über seine Arbeitskraft (weil sie durch Schulden oder paternalistische Betriebsverhältnisse gebunden ist) oder hat kein eindeutiges Arbeitsverhältnis mit einem Arbeitgeber. Hier ist aus der Schattenökonomie ein neues industrielles Schwitzbudensystem hervorgegangen und über vielfältige Zuliefererbeziehungen mit den Hochtechnologie-Inseln der Weltmarktfabriken verbunden.

In den *Metropolen* wird das »typische« Arbeitsverhältnis des doppelt freien und sozial gesicherten Lohnarbeiters zunehmend zersetzt und aufgelöst. Das von den bürgerlichen Arbeitsmarktanalytikern als »atypisch« Bezeichnete wird typisch und damit zur Norm. Diese Anpassung an die weltweit ungeschützten Ausbeutungsverhältnisse hat viele Facetten. Reguläre Arbeitsplätze werden in Teilzeitsegmente zerlegt, die Arbeitsverträge befristet. Leiharbeiter- und Tagelöhnerkolonnen zersetzen und dezimieren zusätzlich die bisherigen Stammebelegschaften. Ganze Wirtschaftssektoren sind zur Ausbeutung von unfrei gebundenen Migrationsarbeitern (Saisonarbeiter, Grenzgänger) übergegangen. Immer häufiger werden Arbeitsplätze in die Privathaushalte ausgelagert. Die Lohnverhältnisse werden zunehmend verschleiert und im Rahmen von Werk- und Subunternehmerverträgen mit den Fassaden der selbständigen Arbeit ausgestattet. Selbst die transnationalen Konzerne werden in Netzwerke zerlegt. Ihre Abteilungen werden bis hin zu den Technologieschwerpunkten in scheinselfständige »Profitzentren« aufgespalten oder ausgelagert, um die Beschäftigten von ihren bisherigen tariflichen Sicherungen abzutrennen und den Teufelsmühlen einer entfesselten Arbeitsmarktkonkurrenz zu unterwerfen. Und zunehmend werden diejenigen, die im Verlauf dieser Umschichtungen herausfallen und erwerbslos werden, durch die Demontage der Arbeitslosenversicherungen und Umschulungsprogramme zur Beschäftigungsaufnahme in der expandierenden Schwitzbudensphäre der Niedriglohnsektoren gezwungen, die nun auch die »zweiten Städte« der metropolitanen Wirtschaftszentren prägen.

Die proletarischen Biographien werden zunehmend durch die rasche Aufeinanderfolge dieser neuen Beschäftigungsformen beherrscht, wobei es zwischen

Teilzeitarbeit, »geringfügiger Beschäftigung«, scheinselfständiger Werkvertragsarbeit usw. hin und hergeht. Zusätzlich werden diese prekären Arbeitsverhältnisse immer häufiger durch Phasen der Erwerbslosigkeit oder des »Parkens« in öffentlichen Beschäftigungsmaßnahmen, die zunehmend unfreien Charakter haben, überbrückt. Die Grenzen zwischen diesen sozialen Segmenten sind fließend, und auch in den bisherigen Metropolen wird das ständige Pendeln zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsmärkten zur Alltagserfahrung.

Selbst das Proletariat des Nachzüglers Deutschland ist inzwischen in den Sog der Umwälzungen geraten. Sie begannen Anfang der 1980er Jahre mit der Durchsetzung ungeschützter Arbeitsverhältnisse für westdeutsche Frauen und setzten sich nach dem Untergang der DDR endgültig gesamtgesellschaftlich durch. Von etwa 32 Millionen Lohnabhängigen sind inzwischen sieben Millionen erwerbslos bzw. erwerbslose Arme, zwölf Millionen werden in ungeschützten Arbeitsverhältnissen ausgebeutet (darunter sechs Millionen »geringfügig Beschäftigte«, vier Millionen in Teilzeitarbeit bzw. befristet Beschäftigte, zwei Millionen Scheinselbstständige). Dieser Prozeß hat sich vor allem in den vergangenen zwei Jahren enorm beschleunigt.

Somit findet gegenwärtig weltweit ein vielschichtiger Umschlag von der Quantität in eine neue Qualität statt. Dieser Prozeß scheint unumkehrbar geworden zu sein, wenn wir die damit verbundenen Massenwanderungen bedenken und die Beobachtung berücksichtigen, daß überall bis hin zu den metropolitanen Agglomerationszentren Schattenökonomien und Schwitzbudensektoren entstehen, die die Mehrwertketten immer mehr verlängern und über die hierarchisch gestaffelten Zuliefersysteme an die Netzwerkstrukturen der transnationalen Konzerne gebunden sind.

In dieser neuen Qualität artikulieren sich auch bislang unbekannte Erscheinungsformen des kapitalistischen Klassenverhältnisses. Im Kampf um die Ausweitung und Konsolidierung der Ausbeutungsraten hat sich der Kapitalismus die spezifischen Widerstandsformen der vergangenen Klassenkampfperiode angeeignet. Die neuen Arbeitsverhältnisse sind deshalb keineswegs nur die Folge radikalisierten Mehrwertstrategien, sondern gleichzeitig Bewegungsformen von antagonistischen Bedürfnissen (Flucht aus der kleinbäuerlichen Massenarmut, Kampf gegen die taylorisierte Großfabrik, das Bedürfnis nach individueller Zeitsouveränität und selbstverwalteten Kooperationsformen, aber auch veränderte Beziehungen zwischen den Geschlechtern), die sich das Kapital aneignet.

3 Was bedeutet das alles für die Perspektive der revolutionären Linken?

Auf der Ebene der *Theorie* zwingt die Evidenz der neuen Ausbeutungsverhältnisse *erstens* zu einer Erweiterung des marxistischen Klassenbegriffs. Die neuen Klassenverhältnisse sind nur noch zu einem geringen Teil durch doppelt freie

Lohnarbeit geprägt, und nichts spricht mehr dafür, daß sich dieser Zustand noch einmal als allgemeingültiges Lohnarbeitsverhältnis durchsetzen wird. Wir werden deshalb nach neuen Begriffen suchen müssen, um einerseits den sozialen Mischformen und unterschiedlichen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen des neuen Proletariats gerecht zu werden, und um andererseits das neue Proletariat doch präzise von den Arbeitskraft ausbeutenden Schichten abzugrenzen (hier stellen die Mischzonen zwischen der selbständigen Arbeit und den »neuen Selbständigen« der entfesselten mittelständischen Marktökonomie ein besonderes Problem dar).

Um dabei nicht mißverstanden zu werden, wiederhole ich noch einmal: Die Marxsche Analyse der Beziehungen zwischen Akkumulationsregime, industrieller Reservearmee und Massenverelendung ist aktueller denn je und bleibt als konzeptionelle Basis unverzichtbar. Historisch widerlegt sind dagegen die davon abgeleiteten deterministischen Festlegungen, die sich auf die allgemeine Herausbildung des doppelt freien Lohnarbeiters der industriellen Großfabrik bezogen haben. Deshalb sollten wir ausgehend von den skizzierten grundsätzlichen Prämissen andere Pfade einschlagen und eine neue Analyse der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital einfordern, die die Kommunikations- und Lernprozesse des neuen proletarischen Kosmos als einen historisch offenen Prozeß begreift und damit endlich zur Durchsetzung eines herrschaftsfreien Verhältnisses zwischen Theorie und Praxis – und damit letztlich zwischen revolutionärer Intelligenz und Proletariat – beiträgt.

Zweitens werden wir nicht umhin kommen, den Determinismus zu überwinden, der die bisherige marxistische *Geschichte der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung* geprägt hat. Der doppelt freie Lohnarbeiter der Großfabrik stellte für die meisten Strömungen des Marxismus das handelnde Zentrum für den sozialistischen Umsturz dar, und entsprechend war fast die gesamte marxistische Geschichtsschreibung darauf konzentriert. Dieses Segment der Arbeiterklasse ist im neuen Kosmos des Weltproletariats jedoch unwiderruflich zur Minderheit geworden, und es wird noch weiter an Bedeutung verlieren. Für die aktuelle Perspektive der Arbeitergeschichtsschreibung müssen wir deshalb einschneidende Konsequenzen ziehen. Wir sollten uns künftig davor hüten, die bisherige Geschichte des metropolitanen Konstitutionsprozesses der Arbeiterklasse aus einer eurozentristischen Sichtweise auf die aktuellen globalen Entwicklungsprozesse zu übertragen. Denn ihr Ausgang ist prinzipiell offen. Er wird nur von den heutigen AkteurInnen des proletarischen Konstitutionsprozesses bestimmt, und deshalb ist es unwahrscheinlich, daß alles so ausgehen wird, wie es uns die HistorikerInnen der metropolitanen Arbeiterbewegung für die Zeit seit dem 18. Jahrhundert überliefert haben.

Umgekehrt sollten uns aber die aktuellen Entwicklungen auch dazu veranlassen, selbstkritisch auf unsere bisherige Deutung der metropolitanen Klassengeschichte zurückzublicken. War es vielleicht so, daß den realen historischen Prozessen eine Konzeption übergestülpt war, die beim Buhlen um den vermeintlich

zentralen Kern der Arbeiterklasse viele proletarisierte Schichten von ihrer »historischen Mission« ausgrenzte? Müssen wir nicht aus der aktuellen globalen Erfahrung eine Menge selbstkritischer Fragen stellen, wenn wir beispielsweise an das marxistisch-leninistische Verdikt gegen das »Lumpenproletariat«, die »Kulaken«, die Bauern-Arbeiter, die selbständigen Kleinhandwerker usw. denken? Hat sich die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht vor allem deshalb so fatal gespalten - und ihre Kämpfe bisher immer verloren -, weil sie sich dem Kosmos der proletarischen Konstitutionsprozesse *schon immer* verweigerte und allzu voreilig auf den Typ des in der Großindustrie verankerten männlichen Arbeiters festgelegt war?

Daraus ergeben sich *drittens* Konsequenzen für die *politische Strategie*. Wir sollten die Fixierung auf eine zentrale, führende Schicht des Proletariats und den daraus jeweils abgeleiteten Anspruch auf politische Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung aufgeben. Nur diejenige strategische Option ist erfolgversprechend, die sich in allen grundsätzlichen Entscheidungen auf den neuen und so ungeheuer differenzierten Kosmos des proletarischen Konstitutionsprozesses festlegt und ihn als antagonistische Ganzheit betrachtet, die aus dem Kapitalverhältnis herausstrebt. Nicht allein die an den Nervenzentren des transnational vernetzten Kapitals angesiedelten Arbeiter-Ingenieure sollten unsere »linken Begierden« wecken, aber auch nicht allein die Proletarierinnen der Schwitzbudenzulieferer und Schattenökonomien oder die selbständigen Arbeiter, sondern sie *alle gemeinsam* in ihrem elementaren Grundbedürfnis nach sozialer Gleichheit.

Das besagt aber auch, daß wir alles unterlassen sollten, was die Homogenisierung des so vielschichtigen proletarischen Kosmos durch die territoriale Begrenzung unserer strategisch-politischen Entscheidungen verhindern oder verzögern könnte. Die ehrwürdige Parole: ProletarierInnen aller Länder vereinigt euch, gewinnt in unseren Tagen wieder ungeheuer an Bedeutung. Politische Orientierungen auf nationale oder supranationale Bewegungskomponenten sind nicht mehr denkbar. Wenn es auch wahr ist, daß die Nationalstaaten bzw. die aus ihnen gerade hervorgehenden kontinentalen Staatenblöcke ihre Bedeutung als politische Schnittstellen des kapitalistischen Weltsystems behalten, so müssen wir doch mit unseren politischen Prioritäten über sie hinausgreifen. Wir können der Falle der Verteidigung sozialstaatlich verbriefter Reproduktionsgarantien nur entgehen, wenn wir sie in einer neuen offensiven Perspektive aufheben, die sich auf das neue Weltproletariat in seiner Gesamtheit bezieht und einen weltweiten sozialistischen Umsturz zum Ziel hat.

Einen *vierten* Schwerpunkt strategisch-politischer Festlegung sehe ich im Kampf um die *kulturelle Hegemonie*, das heißt in der Frage, wie es dem *an sich* neu konstituierten Proletariat gelingen kann, *zu sich* selbst zu finden. Wir sollten die Frage aufwerfen, was denn zu tun sei, um die mentalen Blockaden zu überwinden, mit denen das neue Akkumulationsregime das Proletariat weitgehend von der Wahrnehmung der tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse abhält. Vieles

spricht dafür, daß es dem Kapitalismus noch nie zuvor gelungen war, so weitgehend in die Köpfe und Mentalitäten der Ausgebeuteten einzudringen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Die Subsumtion der neuen Massenbedürfnisse nach Zeitsouveränität, nach individualisierter Lebensgestaltung und nach einer Emanzipation der Geschlechterbeziehungen durch das Kapital beweist das deutlich. Vor allem in Fällen, wo die gesteigerten Ausbeutungsraten sich nicht mehr in nachprüfbaren Lohnanteilen niederschlagen, sondern sich in individuellen Werk- und Lieferverträgen scheinbar auflösen, nehmen sich die selbständigen ArbeiterInnen nicht mehr als Ausgebeutete wahr, sondern sie sind sich tendenziell selbst ihr »eigener Unternehmer« geworden. Darüber hinaus setzt sich das neoliberale Modell des aktuellen Akkumulationsregimes aber auch allgemein durch, weil die neuen, kapitalistisch subsumierten Kommunikationstechnologien die Sprachstrukturen und Sprechweisen der Gesellschaft immer stärker verändern. Vor diesen linguistischen Eroberungen ist auch das neue Proletariat keineswegs gefeit. Es wird gerade auf diesen Ebenen den Widerstand zu organisieren haben und auch seine eigenen Sprechakte im Prozeß der sozialen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums revolutionieren. Auch in diesem Kontext ist ein neues strategisches Bündnis zwischen Intelligenz und Proletariat von großer Bedeutung.

Eine weitere Aufgabe sehe ich *fünftens* darin, daß wir (wieder) lernen sollten, die aktuellen Entwicklungstendenzen des neoliberalen Akkumulationsregimes aus der Perspektive des neuen Weltproletariats zu analysieren. Wir benötigen also eine methodisch-konzeptionelle Neubestimmung der *Kritik der politischen Ökonomie*. Denn das neue Proletariat ist dem neoliberalen Akkumulationsregime zwar einverleibt, aber es ist zugleich dadurch gekennzeichnet, daß es ständig aus ihm herausstrebt, um sich ihm entgegenzusetzen und schließlich den Bruch mit ihm zu vollziehen. Bis dahin ist es aber ein langer Prozeß, und wir müssen lernen, diesen Prozeßcharakter zwischen Arbeitern und Kapital besser zu begreifen. Wie ist es den verschiedenen Segmenten des Weltproletariats beispielsweise in den vergangenen Jahren gelungen, die Masse des vagabundierenden und anlagesuchenden Kapitals ständig zu vergrößern und somit durch seine Verweigerung eine ständig größere Kluft zwischen Realakkumulation und Geldkapitalakkumulation zustandezubringen, und welche Rückwirkungen hat dies wiederum auf das Phänomen der Unterbeschäftigung? Und wie haben sich beispielsweise die Massenkämpfe des neuen Proletariats in Südostasien auf die aktuelle Krisenentwicklung in den »Tigerstaaten« ausgewirkt?

Damit komme ich *sechstens* zum Problem der *sozialen Utopie*. Soziale Utopien sind nützlich, weil sie dazu beitragen, die Massenbedürfnisse auf ein strategisches Ziel jenseits ihrer Ausbeutungserfahrungen zu bündeln. Aber sie können auch in die Irre führen. Ein revolutionärer Nutzen ist deshalb nur dann auszuweisen, solange die sozialen Utopien ihr jenseits der kapitalistischen Wirklichkeit angesiedeltes Zukunftsmodell so definieren, daß es immer mit den aktuellen Zu-

ständen des Klassenkonflikts verbunden bleibt. Es darf sich also nie über das Spannungsfeld zwischen den realen Massenbedürfnissen und den real vorgegebenen Möglichkeiten zu ihrer Befriedigung durch die Wiederaneignung des durch den Kapitalismus aufgehäuften gesellschaftlichen Reichtums hinausbewegen. Soziale Gleichheit, die Überwindung der Arbeit durch die selbstbestimmte Tätigkeit frei assoziierter Individuen, herrschaftsfreie Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen, die allseitige Entfaltung gesellschaftlicher Subjektivität: das ist die eine Seite. Die andere Seite ist ihre Durchsetzung in einer sozialistischen Weltgesellschaft, die den Kapitalismus mitsamt seinen politischen Herrschaftsschnittstellen, den Staaten und kontinentalen Machtblöcken, beseitigt und auf einer basisdemokratisch begründeten Planungsgrundlage zur ausschließlichen Bedürfnisproduktion übergeht.

Leider fällt das auf dieser Konferenz vorgetragene »Neue Historische Projekt«* weit hinter diese Voraussetzungen zurück. Es ist ein von den realen Klassenkampfperspektiven abgetrenntes abstraktes Reißbrettschema, das sich über die Frage, wie denn die ungeheuren Herrschaftspotenzen des neoliberalen Akkumulationsregimes zu überwinden seien, einfach ausschweigt. Aber auch die grundsätzliche Notwendigkeit, durch die Aufhebung des Eigentums den Weg zur Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums freizumachen, bleibt ausgeklammert. Statt dessen wird eine »Äquivalenzökonomie« vorgeschlagen, die den Tausch von Arbeitszeitmengen vorsieht, d.h. auf die Tauschgesellschaft einfacher Warenproduzenten zurückgreift und alle nichtarbeitenden Menschen ausschließt. Derartige Rückgriffe ersetzen den klassenkampforientierten Prozeßcharakter der sozialen Utopie durch abstrakte Modelle, die einerseits der kapitalistischen Arbeits- und Tauschgesellschaft verhaftet bleiben und andererseits angesichts der ungeheuer reich entfalteten Massenbedürfnisse des Weltproletariats in jenes pauperistische Neolithikum zurückfallen, aus dem die kapitalistische Klassengesellschaft in grauer Vorzeit einmal hervorgegangen war.

Ich komme zum Schluß. Wir haben uns lange genug in Wehklagen, aber auch in Festlegungen geübt, die durch die Wucht der historischen Prozesse unwiederbringlich überholt sind. Es wird Zeit, wieder nach vorn zu schauen und die revolutionäre Linke in den neuen Klassenprozessen zu verankern.

Karl Heinz Roth

* Auf der Konferenz forderte ein deutsch-mexikanischer Professor namens Heinz Dieterich Stefan zusammen mit Sahra Wagenknecht von der PDS ein »Neues historisches Projekt«. Das besteht vor allem in der Idee einer »Äquivalenzökonomie«, in der gleiche Werte bzw. Arbeitsmengen getauscht werden sollen. U.a. wollen sie supranationale Gremien einrichten, die in einem ersten Schritt die Schrecken der Globalisierung bändigen sollen.

Im folgenden zwei Flugblätter aus Hamburg. Das erste wurde Ende 1997 auf dem Sozialamt in St. Pauli verteilt und beschreibt den »kalten Krieg gegen Sozi-Empfänger« auf diesem Amt. Das zweite wurde im Januar 1998 auf der DGB-Arbeitslosendemo verteilt und gibt einen Überblick über die allgemeinen Verschärfungen in Hamburg. Leider stellen die VerfasserInnen beider Flugblätter (wie so viele) den Angriff »von oben« dar, ohne was zu ihrem eigenem realen Verhalten als Teil der Klasse zu sagen, auf das sich dieser Angriff bezieht. In Hamburg hat es zwar schon seit geraumer Zeit keine kollektiven Aktionen mehr auf dem Sozialamt gegeben, aber die SachbearbeiterInnen haben auch Angst davor, ganz individuell was aufs Maul zu kriegen. Und der verschärfte Arbeitszwang bezieht sich doch darauf, daß es für die Unternehmer aller Propaganda zum Trotz nicht ganz so einfach ist, Leute zu finden, die bereit sind, jeden Job anzunehmen.

Kalter Krieg gegen Sozi-Empfänger

Die Sozialabteilung St. Pauli in der Wohlwillstraße 35:

Im November '97 wurden manche Leute wochenlang hingelassen: Es wurde kein Geld überwiesen und keine Bescheide zugeschickt. Sie waren auf andere angewiesen, die ihnen Geld privat liehen, um sich ernähren und die Wohnungsmiete bezahlen zu können. Das Sozialamt scheint testen zu wollen, wie weit es gehen kann in der Schikane und Verschreckung mittelloser Menschen, die ihr Recht geltend machen. Wir erinnern uns an die Werbekampagne der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS), die wohl kaum mit dem Jahresbezug eine Sozialhilfeempfängers bezahlt werden konnte:

»In Hamburg muß niemand betteln.«

»In Hamburg muß niemand draußen schlafen.«

Bei persönlichen Vorsprachen wurde z.B. mitgeteilt, daß ein Monat Mietverzug nicht so schlimm sei und ein Wohnungsverlust nicht befürchtet werden bräuchte.

Hattest Du nun ohne eine Reaktion des Sozialamtes länger als einen halben Monat auf Knete gewartet, wurde Dir in der Woche vom 17.11. bis zum 21.11.97 dort lapidar mitgeteilt: Die Sozialabteilung hat geschlossen! Falls Du schlagfertig genug warst, Dich als Notfall anzusehen, bekamst Du doch noch eine Wartenummer für die Rezeption. So heißt seit April '97 der 1. Stock, in dem sich die Massen ohne Frischluftzufuhr (Fenster sind verriegelt) stapeln dürfen.

Zum Teil mußten Leute in dieser Woche zweimal auflaufen, weil sie gar nicht als Notfälle akzeptiert worden waren.

Das Sozialamt läßt Leute 20 Tage ohne Knete warten und richtet dann einen Notdienst ein. Anträge auf Heizungshilfe, die eigentlich genauso wie Bekleidungs-geld unbeantragt gezahlt werden könnte, blieben schon im Oktober liegen, obwohl die Heizperiode dann schon begonnen hatte.

Der gnädig gewährte Notdienst war jedoch nicht für uns, sondern für die Sozialabteilung selbst gedacht, was wohl ironisch sein soll. Wir sind mittlerweile datenelektronisch erfaßt und in der Computersachbearbeitung sind nur noch wenig Tastendrücke erforderlich.

Zur Zeit dieses Notdienstes war für die Wartenden in der Rezeption ein komisches Plakat aufgehängt, auf dem zu lesen stand:

»Liebe Besucherinnen, liebe Besucher unserer Dienststelle, wir haben momentan zu wenig Personal und Zeit, Ihre Anträge und die übrige Post zu bearbeiten ... Sie sollen aber nicht zu lange auf Ihre Bewilligungen und Antworten warten müssen. Darum unsere Lösung: Wir schränken in der Woche vom 17. bis 21.11.97 unsere Dienstleistung zu den Sprechzeiten so ein, daß wir Ihr Anliegen nur noch in dringenden Fällen prüfen und bearbeiten können. Ab dem 24.11.97 sind wir dann wieder in gewohntem Umfang für Sie da! Ihre Sozialabteilung St. Pauli.«

Wir sollten also glauben, daß das Sozialamt so überlastet ist, daß es die monatlichen Zahlungen nicht mehr machen kann. Über diese Notdienstwoche hatte jemand erfahren, daß die Belegschaft der Sozialabteilung auf einer Fortbildungsveranstaltung sei. Das läßt nichts Gutes ahnen! Unter dem Deckmantel der Arbeitsüberlastung wird hier eine großartige Fortbildung (was eigentlich lernen die Sachbearbeiter denn neu?) organisiert und zusätzlich der Test gemacht, wie viele Sozialhilfeempfänger sich gar nicht melden und damit auch für November gar nichts kriegen. Diese können dann zukünftig ganz hinausgeworfen werden, weil sie gezwungen waren, sich irgendwie selbst zu helfen. Und wer sich selbst helfen kann, hat nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) keinen Anspruch auf Sozialhilfe. Es kommt auch schon mal vor, daß versucht wird, Antragstellern in Not die Barauszahlung zu verweigern, mit der Aufforderung, doch das Bankkonto zu überziehen. Hierbei muß dem Sozialamt vorgehalten werden, den Banken Zinsgewinne zu verschaffen und selbst durch wochenlange Zahlungsverzögerung Zinsgewinne zu machen.

In der Sozialabteilung St. Pauli fanden im Laufe des vergangenen und des vorherigen Jahres Veränderungen auffälliger Art statt.

Noch im November '96 hatten wir freien Zugang zu den Büros der Sachbearbeiter, die persönlich unsere Anträge zu bearbeiten hatten. Bereits im Dezember '96 wurde klar, daß hier Verschärfungen in Gang waren: Häufig waren die Türen nun abgeschlossen. Dann wurden die Türen durch Stahlblech und Holzplatten verstärkt. Gleichzeitig konnten die Türen von außen nur noch mit Schlüssel geöff-

net werden und schnappten wie geölt wieder zu. Auf Klopfen wurde nur noch manchmal geöffnet. So waren wir gezwungen zu warten, bis die Tür mal aufging. Um sich anzumelden, hieß es aufspringen und den Perso in Bittstellung dem Sachbearbeiter hinzuhalten. Wer zu weit hinten stand, hatte keine Chance, durchzukommen, ohne die Ellbogen zu benutzen. Mittlerweile standen auffällig unauffällige Gestalten im Treppenhaus herum und registrierten jede Bewegung in den kurzen Wartegängen.

Bereits im Januar '97 kamen uniformierte Sicherheitswärter hinzu. Ekelhaft genug war das stressige Anmeldeverfahren: Auf die Bürotür stieren und dann auch noch in eine Konkurrenzhaltung zu den wartenden Mitmenschen gedrängt zu werden. Jetzt war ich durch die zusätzliche Bewachung der Wärter zusätzlich angespannt.

1. Leute, die zum Klo gingen, wurden kontrolliert und beim Zigarettenrauchen behandelt wie Zöglinge (vor allen Anwesenden).
2. Leute, die einen Hund auf dem Zugangsgelände angebunden hatten, wurden von den Wärtern gesucht und 'rausgeschickt. Denn der Hund darf nur noch links und rechts auf dem schmalen Fußweg außerhalb der Sozialamtsfront angebunden werden.
3. Leute, die ihren Hund mit hineinnahmen, wurden mit Brachialgewalt hinausgeworfen.

Bei diesem Schauspiel darf ich mir dann vorsagen: Ich bin ja brav, die Schikane gilt nicht mir, sondern den bösen Anderen. Auch petzen darf ich bei den Schergen, schließlich sind sie dazu da, böse Soziempfänger zu bestrafen, die sich nicht an die Ordnung halten.

Im April '97 wandelte sich das Gebaren dieses Betriebes so sehr, daß manche Besucher, die bei der zuständigen Sachbearbeiterin vorsprechen wollten, bereits im Eingangsbereich an der Begehung des Treppenhauses von mehreren Wärtern gehindert wurde. Sie sagten, es habe sich alles geändert, keiner dürfe mehr zum Sachbearbeiter, ohne sich mit Wartenummer vor der Rezeption einzureihen, um dort mit weiteren Schikanen bedacht zu werden. Lauthalse Empörung, Händeringen und schlichter Unglaube wegen dieser Entwürdigung wurden vom Wachpersonal bestenfalls durch In-den-Weg-Stellen, schlimmstenfalls mit Androhung des Rauschmeißens abgeübelt. Sie bauten sich dicht vor den Besuchern auf, daß ihre Bäuche, Ausdünstungen und Aussprache wie tätliche Drohungen empfunden werden konnten. Zusätzlich fuchtelten sie gern mit dem Mobiltelefon umher, durch das sie vermutlich mit weiteren Schergen (oder Bullen?) verbunden sind (demnächst auch Knüppel?).

Die Sachverarbeiter verbergen sich gern hinter Anonymität. Du mußt Dich vorstellen und den Perso vorlegen. Und das verlangen sie auch von jemandem in Deiner Begleitung. Sie selbst stellen sich ungern vor, freiwillig macht das keiner.

Wie indiskret und frech die Schnüffelei über Deine Begleitperson ist, wird deutlich bei der Vorstellung, den Sachbearbeiter nach Namen und Adresse seiner Freunde zu fragen.

Allerdings verbergen sie sich auch gern dahinter, für Deine Nachfragen nicht zuständig zu sein, weil sie nicht Dein Sachbearbeiter, sondern nur Rezeption seien. Wenn sie wollen, geben sie Dir gleich einen Passierschein. Damit kommst Du dann an den Wärtern vorbei in höhere Stockwerke zum zuständigen Sachbearbeiter. Plötzlich bist Du dann recht einsam in leeren Gängen. Dort ist dann nur noch der Wachdienst und die Sachbearbeiter. Sie mögen es dort überhaupt nicht, wenn Du eine Begleitung dabei hast. Dort sollst Du ganz allein ankommen. Es wird Dir gesetzeswidrig verweigert, mit Begleitung ins Büro zu kommen, und der Wachdienst setzt das auch durch. Sie wollen keine Zeugen Deines Vertrauens dabei haben.

Scheinheilig wird Dir ein Angebot auf 'nem Zettel an der Eingangstür gemacht, doch damit stellen sie Dich dann kalt:

»Häufig kommen Sie zu uns, warten an der Rezeption und dann müssen wir feststellen, daß die Vorsprache gar nicht notwendig gewesen wäre! Das können Sie vermeiden! Manches läßt sich viel einfacher per Post oder Telefon erledigen. Per Post (Hausbriefkasten): Vermittlungsnachweise des Arbeitsamtes können zugeschickt werden. Sachanträge können Sie zuschicken (Bearbeitungszeit 4-6 Wochen) ... Per Telefon: Krankenscheine werden auf telefonische Anfrage zugesandt. Fragen bezüglich Zahlungsterminen, dem Verbleib der Sozialhilfeleistungen etc. beantworten wir gern am Telefon ...«

Sachanträge können zwar per Post zugesandt werden, werden aber nicht bearbeitet. Nachfragen beim Besuch der Rezeption werden nicht beantwortet. Nachfragen per Telefon werden abgebügelt mit der Begründung, hier stehen so viele Leute vor der Tür und Du wollest vermutlich mit dem Anruf vordrängeln.

Originalbelege und Bescheinigungen müssen Dir eigentlich sofort zurückgeschickt oder -gegeben werden. Von rechts wegen sowieso und aus Gründen der Verwaltungstechnik erst recht. Wenn den Sachbearbeitern das Sichten Deiner Belege nicht ausreicht, müssen sie sich selbst gleich eine Kopie machen. Außerdem hast Du das Recht, sofort einen Bescheid ausgehändigt zu bekommen, und wenn es ein Ablehnungsbescheid ist. Hiermit kannst Du Dich nämlich auf ein Beweismittel berufen und auch anhand der Rechtsmittelbelehrung, die draufstehen muß, Widerspruch einlegen. Diese Rechte werden oft verweigert und mit Rausschmiß gedroht, wenn Du sie geltend machst. So liegen Deine Originalbelege monatelang dort herum und gehen dann irgendwann in ihrem Chaos verloren, Bescheide werden, wie vorher beschrieben, zurückgehalten oder auch verspätet zugeschickt. Die haben dann ein 5 Wochen altes Datum! Tja, die Widerspruchsfrist beträgt aber nur 4 Wochen.

Bescheide können ganz einfach per Tastendruck erstellt werden. Aber die horrenden Portokosten, die durch die Verschickung der Bescheide anfallen, nimmt das Sozialamt gern in Kauf. Wenn die Mittel knapp werden, werden eben Menschen aus der Sozialhilfe gekickt.

Die Rezeption ist selten bereit, einen Passierschein auszustellen. Es wäre so schön einfach, beim Gang zum Sozialamt das anstehende Problem mit dem Zuständigen zu klären! Du mußt erst wieder nach Hause oder in 'ne Telefonzelle, weil der Gesprächstermin jetzt telefonisch vereinbart werden muß. Damit soll Dir vermutlich das Antragstellen überhaupt verleidet werden. Manchmal ist die Rezeption so gnädig, Dich vorzulassen. Dann kannst Du beim Zuständigen nachfragen, warum nach Mitte des Monats weder Bescheid noch Geld eingetroffen sind. Du hattest nämlich alle nötigen Unterlagen und Bescheinigungen am Monatsanfang in den Hausbriefkasten gesteckt. Die Antwort fällt verblüffend einfach aus: Deine Post kann gar nicht gefunden werden, weil sie möglicherweise durch den Massenansturm der Briefe verloren worden sei. Du darfst also alles nochmal besorgen und erneut hintragen oder darauf warten, daß Dein Brief wiedergefunden wird.

Dieses ganz neue Programm der Sozialabteilung ist eine einzige Mißachtung der Spielregeln. Und von uns wird verlangt, daß wir uns dran halten. Ausgegrenzte sollen kaltgestellt und weichgekocht werden. Es ist möglicherweise mal notwendig, unsererseits neue Spielregeln aufzustellen, um nicht wie andere vor unserer Zeit endgültig ausgemerzt zu werden.

Paßt bloß auf!!

Ein Überblick über die zentrale Steuerung der Veranschung der SozialhilfeempfängerInnen

Nach dem »Bundessozialhilfegesetz (BSHG)« hat in Deutschland jeder und jede, der/die nicht illegalisiert hier lebt und bereit ist, sich registrieren zu lassen, einen **Rechtsanspruch auf Sozialhilfe**. Seit über einem Jahr ist die Administration allerdings generalstabsmäßig dabei, diesen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe auszuhöhnen und praktisch zu beseitigen.

Wenn also wie zur Zeit die Wahrheitsministerien nicht nur propagandistisch für die Senkung der Arbeitslosenzahlen die Werbetrommel rühren, sondern gleichzeitig eine Hetzkampagne zum Thema »Innere Sicherheit« anzetteln, liegt die Frage nahe, wie denn die steigende Zahl derer, die überhaupt keinen (unsicheren) Arbeitsplatz ergattern können, überleben soll.

Natürlich haben die Herrschenden einerseits das Interesse, den »Verlierern des Modernisierungsprozesses« (*Der Sozialhilfereport* Nr. 10, Sept. 97) sowenig wie möglich zu zahlen. Kontrollieren wollen bzw. müssen sie aber doch, sonst gibt's noch Aufstände, und das wollen sie natürlich nicht.

Um ihren Anspruch, soviel Kontrolle wie möglich bei möglichst niedrigen Kosten, optimal umzusetzen, machen sie momentan die verschiedensten Experimente. Diese Experimente dienen dazu, herauszufinden, wie weit sie gehen können, ohne daß ihnen ihr »Humankapital« aus dem Ruder läuft.

Deshalb gehen sie ausdrücklich regional unterschiedlich vor. In den Niederlanden probieren sie ein anderes System als in Deutschland. In Deutschland probieren sie wiederum in Lübeck ein anderes System als in Hamburg, und in Hamburg schließlich probieren sie im Bezirk Harburg was anderes aus als in St. Pauli. Die (Zwischen-) Ergebnisse ihrer Experimente vergleichen sie dabei zu gegebener Zeit.

In Hamburg veröffentlicht die »Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS)« in Zusammenarbeit mit dem »Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (SfB)« eine eigene Propagandazeitschrift mit dem Titel »Der Sozialhilfereport (SozRep)«. Das Machwerk erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 4 500 Exemplaren und kann kostenlos beim Landessozialamt in der Hamburger Str. 47 abgeholt werden.

Der hier unvollständig versuchte Überblick über die aktuelle Steuerung der SozialhilfeempfängerInnen stammt neben direkten eigenen Erfahrungen als AntragstellerIn auf einzelnen Sozialämtern aus dieser Quelle.

Bereits 1995 wurden einer privaten Zeitarbeitsfirma direkt im Sozialamt Lokstedt Räume zur Verfügung gestellt. SozialhilfeempfängerInnen wurden aufgefordert, sich der Vermittlung durch diese Zeitarbeitsfirma zu unterwerfen. Denjenigen, die sich weigerten, mit den modernen Sklavenhändlern zu kooperieren, wurde die Sozialhilfe gestrichen.

Die Sozialämter beriefen sich dabei auf § 2 BSHG, der besagt, daß Sozialhilfe nur erhält, wer sich nicht selbst helfen kann. Sie begannen also bereits 1995, SozialhilfeempfängerInnen zu Zeitarbeitsfirmen zu schicken, obwohl die »fachlichen Weisungen« für Hamburg diese Praxis untersagen.

Im August 1996 erfolgte dann eine bundesweite Gesetzesänderung, nach der die Ablehnung zumutbarer Arbeit durch SozialhilfeempfängerInnen zu einer

mindestens 25-prozentigen Kürzung der Sozialhilfe führt (§ 25 BSHG, SozRep 6, Dez. 96, S. 11).

Der Auslegungsspielraum des BSHG wird auf kommunaler Ebene mithilfe dieser sog. »fachlichen Weisungen« eingegrenzt. Dabei handelt es sich um eine Loseblattsammlung, die gewährleisten soll, daß innerhalb einer Kommune die Bewilligungspraxis der Sozialämter einheitlich gehandhabt wird. Die »fachlichen Weisungen« konnten bis 1996 in den »Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (HÖB)« eingesehen werden.

Die Sozialämter kommen bekanntlich ihrer Beratungsverpflichtung bezüglich der Hamburger Bewilligungspraxis schon lange nicht mehr nach. Die Bewilligung von Sozialhilfe erfolgt auf Antrag. Wer nicht weiß, was im Einzelfall beantragt werden kann (z.B. Weihnachtsbeihilfe vom 1. bis 24. Dezember), erhält auch nichts.

Auf den Ämtern selbst wurde die Bitte um Einsicht in die »fachlichen Weisungen« nach unserer Erfahrung verweigert. Hartnäckig Nachfragende wurden in die Bücherhallen geschickt.

Seit 1997 sind die »fachlichen Weisungen« aber aus den HÖB verschwunden. Parallel dazu wird im SozRep 7 von März 1997 auf S. 4 die Absicht der »Entwicklung eines Informationssystems für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, das – mit EDV-Unterstützung – ein aktuelles, einheitliches transparentes und leicht handhabbares System aller Sozialhilferegelungen beinhaltet«, dargelegt.

Bereits seit März 1996 arbeitet in der Sozialhilfeverwaltung auch eine »Projektgruppe Herkules«. Sie will Instrumente der Steuerung und des betriebswirtschaftlichen Controlling in der Sozialhilfe entwickeln und in der Praxis erproben (SozRep 7, März 97, S. 22 ff.).

Ein Schwerpunkt der Arbeit von »Herkules« ist die Integration weiterer Bereiche in das »Projekt Sozialhilfeautomatisation (PROSA)«. Mit PROSA ist die Computerisierung der Sozialhilfe gemeint; wesentliche Arbeitsschritte der Sachbearbeitung, die Dokumentation und die Auswertung übernimmt ja auch schon lange »Kollege Computer«. Die Wohngeldabteilungen in Hamburg sind ein Beispiel für Verwaltungsbereiche, die noch nicht computerisiert sind und durch »Herkules« in PROSA eingebaut werden sollen. Daneben befaßt sich »Herkules« u.a. mit den »einmaligen Leistungen« wie z.B. Hausratsgegenständen, Weihnachtsbeihilfe etc.

Hierzu offeriert die Projektgruppe Herkules in SozRep 7 den »lieben Kollegen und Kolleginnen in den Sozialdienststellen: »(...) In Kürze erreicht Sie eine neugefaßte SOL-Verfügung, aus der Sie alle Hilfeleistungen dieses Bereiches mit den geltenden fachlichen und finanziellen Vorgaben für die Bewilligung auf ›einen Blick‹ entnehmen können. Wir hoffen, daß Sie auf diese Weise in Zukunft weniger Zeit für die Ermittlung des konkreten Bedarfs und Leistungsumfangs auf-

wenden müssen und stattdessen mehr Zeit für die persönliche Beratung der Hilfeempfänger einsetzen können, um sie aus dem Bezug von Sozialhilfe zu lösen.«

Von April bis November 1996 lief in allen Hamburger Sozialdienststellen die Aktion »Konto für alle – ZzV Nein Danke«.

Es sollten hierdurch möglichst viele SozialhilfeempfängerInnen genötigt werden, sich ein Girokonto bei einer Bank einzurichten. Damit sollte ein doppeltes Ziel verfolgt werden: Ein Konto wird als wesentliche Voraussetzung für eine Arbeitsaufnahme von SozialhilfeempfängerInnen gesehen; gleichzeitig gehen die Kosten der Überweisung aufs Konto zu Lasten der HilfeempfängerInnen. Die Sozialämter sparen bei jeder dadurch entfallenden »Zahlungsanweisung zur Verrechnung (ZzV)« nach eigener Berechnung 12 DM.

Erstmalig wurde für diese Aktion ein Anreizsystem etabliert: Die einzelnen Sozialdienststellen wurden an den Ersparnissen zu 50 Prozent beteiligt. Die Aktion ergab, daß bis Dezember 1996 6 000 SozialhilfeempfängerInnen ein Konto neu eingerichtet hatten und daß die ZzV-Praxis fast gänzlich abgeschafft wurde.

Es gibt zwar immer noch die Möglichkeit der Barauszahlung von Sozialhilfeleistungen – das Versprechen der automatischen Zahlung aufs Konto ist aber natürlich für viele verlockend. Wer dennoch auf Barauszahlung besteht oder bestehen muß, kriegt sie nur noch in dringenden Fällen und unter Murren der SachbearbeiterInnen.

In der Sozialdienststelle St. Pauli gab es dann im November 1996 die Überraschung, daß Mitte des Monats noch kein Geld auf den Konten der gutgläubigen HilfeempfängerInnen eingegangen war. Darüber hinaus war die Dienststelle vom 17. bis 21. November ohne Vorwarnung geschlossen. Es gab nur einen Notdienst, wo den Leuten z.T. gesagt wurde, daß sie wegen einem Monat Mietrückstand vermutlich nicht gleich gekündigt würden bzw. daß sie doch ihr Konto so weit wie möglich überziehen sollten. Hier noch an einen Zufall oder an einen Computerfehler zu glauben, erscheint phantastisch, zumal die Auszahlung auf Konten zentral gesteuert wird, der »Fehler« jedoch nur diese eine Dienststelle betraf. Ausgerechnet beim Sozialamt St. Pauli läuft außerdem ein Modellversuch, bei dem alle Vorsprachen von nur noch drei SachbearbeiterInnen bearbeitet werden (»Rezeptionssystem«) und durch einen privaten Wachdienst offene Repression gegenüber AntragstellerInnen betrieben wird.

Den AntragstellerInnen beim Sozialamt Altona bleiben zwar Schikanen durch bewaffnete Wachdienstler erspart. Das sogenannte Rezeptionssystem wurde aber auch hier eingeführt und zudem scheint Altona eine Vorreiterrolle bei der Terminvergabepraxis zu spielen.

Das bedeutet konkret, daß für »Fallaufnahme und Neuzugänge« ein einziges Büro zuständig ist, wo im Schnitt zwei SachbearbeiterInnen arbeiten. Diese lassen

sich zunächst ohne Berücksichtigung des Datenschutzes die jeweiligen Notlagen schildern, die Voraussetzung für eine Sozialhilfegewährung sind. Wenn die Leute nicht gleich abgewiesen werden können, bekommen sie eine Wartenummer und sollen vor demselben Büro warten, bis sie aufgerufen werden. Bei entsprechender Hartnäckigkeit können sie dann im Höchsthalle erreichen, daß sie einen Termin (mitunter zwei Wochen später) zur erneuten Vorsprache bekommen.

Hierbei wird bereits überprüft, ob sie die Voraussetzung der unmittelbar bestehenden Mittellosigkeit erfüllen – eine Überbrückungszahlung bis zum Termin oder wenigstens bis zum nächsten Sprechtag wird aber abgelehnt. Die SachbearbeiterInnen sind angewiesen, die Leute zur Kontoüberziehung, zum Anpumpen irgendwelcher Angehöriger o.ä. aufzufordern.

Das bedeutet die **faktische Abschaffung der Sozialhilfe**, da sie dann beim Termin auf § 2 BSHG hinweisen können, wonach Sozialhilfe nur erhält, wer sich nicht selbst helfen kann. Da die AntragstellerInnen nach zwei Wochen Mittellosigkeit ohne Sozialhilfe noch am Leben sind, erbringen sie also selber den Beweis, daß sie nach § 2 BSHG keinen Anspruch haben!!!

Die zuletzt genannten Neuerungen (Konten, Terminvergabe) sind von der Projektgruppe MoVeS (Modellversuch effektive Sozialhilfe) erarbeitet worden. Sie stellen allerdings »nur« eine Verbesserung der Rahmenbedingungen dar, »damit die SachbearbeiterInnen erfolgreich an der Loslösung einzelner HilfeempfängerInnen arbeiten können« (SozRep 7, März 97, S. 26).

Den Kern ihrer Arbeit sieht die Projektgruppe in »aktiver Hilfestellung«. Hierzu lief vom 1. September 1996 bis 31. Dezember 1996 die »1-Plus-Aktion«. Sie bestand in der Direktive, daß jedeR SachbearbeiterIn zusätzlich zum laufenden Geschäft eineN HilfeempfängerIn, der/die seit mindestens sechs Monaten Hilfe in Höhe von mindestens 800 DM monatlich erhielt, aus der Sozialhilfe schmeißen mußte. Um dies zu bewerkstelligen, wurden Hilfsmittel in Form von Fortbildungen, Tagungen und Workshops angeboten. Außerdem wurden schriftliche Hilfsmittel zur Verfügung gestellt (z.B. ein »Startpapier« mit Hinweisen zur Auswahl von 1-Plus-Fällen, eine Liste Hamburger Zeitarbeitsfirmen, eine Bewerbungsmustermappe etc.). Schließlich wurde die Möglichkeit zur Markierung der Plus-Fälle im PROSA-Verfahren eingerichtet. Die SachbearbeiterInnen können uns jetzt im Computer als »Plus-Fälle« markieren und dort auch die Gründe für eine teilweise oder vollständige Lösung aus der Sozialhilfe dokumentieren. Ergänzt wurde die Aktion durch die Einrichtung von sog. »Transfergruppenarbeit«, wobei besprochen wird, wie die Rausschüsse in den einzelnen Dienststellen am besten bewerkstelligt wurden.

Im Zuge der »1-Plus-Aktion« wurden in vier Monaten 501 Menschen ganz oder teilweise aus der Sozialhilfe geschmissen. Davon haben angeblich 289 Leute

eine Vollzeitbeschäftigung und 133 eine Teilzeitbeschäftigung aufgenommen. 79 Menschen (das sind 16 Prozent) wurden einfach so rausgeschmissen.

MoVeS beziffert die dadurch erreichte Einsparung auf eine halbe Million DM. Deshalb lief dann natürlich 1997 auch gleich die »4-Plus-Aktion«. Unterschiedlich zusammengesetzte »Transfergruppen« und die Spezialisierung einzelner, freiwilliger SachbearbeiterInnen auf die Rausschmiß-Arbeit stellen die Optimierung der Ergebnisse aus der »1-Plus-Aktion« dar. Vor allem aber sollten 1997 Hamburg-weit 2000 Leute aus der Sozialhilfe geschmissen werden. Es ist zu befürchten, daß das auch geklappt hat.

Nicht genug damit, daß die Sozialbehörde in Hamburg von ihren Angestellten durch die neuen Direktiven verlangt, am Ast zu sägen, auf dem sie sitzen; mithilfe von Schulungen, Transfergruppenarbeit, Anreizsystem und vor allem durch Totalerhebungen unter den Beschäftigten in den Sozialdienststellen wird unverhohlenes Mobbing betrieben (vgl. SozRep 9, Juli 97, S. 6 ff. und SozRep 10, Sept. 97, S. 21 ff.).

Wie schon gegenüber den HilfeempfängerInnen ist der Datenschutz auch bezüglich der eigenen Beschäftigten nahezu gänzlich ausgehebelt. Bisher wurde die Belegschaft lediglich durch Nichtneubesetzung von Stellen verkleinert, für 1998 sind aber erste Entlassungen geplant.

Die rausgeschmissenen SozialhilfeempfängerInnen sollen in Hamburg vorrangig in den »ersten Arbeitsmarkt« überführt werden (SozRep 19, Sept. 97, S. 3). Zum »ersten Arbeitsmarkt« werden laut Definition der Sozialbehörde auch Zeitarbeitsverhältnisse und ähnlich unsichere Jobs gezählt. Für die Sichtung der Billiglohnklaven werden dagegen keine Kosten und Mühen gescheut. So wurde bereits 1995 die niederländische Firma »Maatwerk« beauftragt, innerhalb von 12 Monaten 300 SozialhilfeempfängerInnen im Bezirk Harburg in Arbeit zu vermitteln. Dafür standen durchaus 1,2 Millionen DM Erfolgshonorar zur Verfügung.

Die Hamburger Sozialbehörde kritisiert arbeitsmarktpolitische Instrumente wie »Kombi-Lohn« und »Gemeinnützige Arbeit« (SozRep 10, Sept. 97, S. 2 und SozRep 11, Dez. 97, S. 2), denn in beiden Fällen bleiben die Menschen SozialhilfebezieherInnen und damit auch in der Statistik. Scheinheilig wird problematisiert, daß z.B. »Kombi-Lohn« einen Niedriglohnsektor schafft und schaffen soll. Die »Nebeneffekte« der Hamburger Experimente, daß nämlich viele Sozialhilfeberechtigte keine Neu- oder Folgeanträge mehr stellen, werden aber immer wieder gerne genommen.

So sehr Einzelnen gut bezahlte »Schwarzarbeit« oder andere illegale Geldbeschaffungsmethoden zu wünschen wären, werden auch in diesen Bereichen die Erträge gedrückt und die Bedingungen erschwert. Die Verantwortung für durch solche Methoden der »Lösung aus der Sozialhilfe« betriebene Kriminalisierung trägt natürlich nicht die Sozialbehörde, sondern der einzelne Mensch.

Zum Bürgerkrieg in Algerien

Mit dem Bürgerkrieg in Algerien scheinen die meisten Linken – wie mit so vielen Kriegen der letzten Jahre – wenig anfangen zu können: Ein Krieg zwischen einem Militärregime und den »Islamisten«, in dem man beim besten Willen keine Partei ergreifen kann. Die ideologische Kritik »des Islam« (wie z.B. in der *Bahamas* Nr. 25) ist nur das Spiegelbild der Begeisterung für die nationalen Befreiungsbewegungen in Nicaragua, Kurdistan oder Chiapas, die eher den in linker Rhetorik geschulten Organisationen galt und gilt als den ProletarierInnen, die früher oder später gegen diese Organisationen kämpften.

Der Mangel an potentiellen Verbündeten führt bei vielen zu Desinteresse und bei einigen sogar dazu, sich angesichts der scheinbaren »Rückkehr zur Barbarei« auf die Seite des Staats zu schlagen und zur Verteidigung der »Menschenrechte« auf militärische oder zivile Intervention der »Weltgemeinschaft« in Form der UNO oder NATO zu hoffen.

Was uns interessiert, nämlich der Zusammenhang zwischen den Massakern, und dem Klassenkampf in Algerien, ist uns bisher nicht sehr klar. Wir haben einige Texte zusammengetragen, die zumindest einige der materiellen Hintergründe des Konflikts erhellen:

Algeria-watch, ein Menschenrechtsverein in Berlin, glaubt, daß der Krieg im wesentlichen aus staatlichem Kalkül geführt wird (der Geheimdienst hat überall seine schmutzigen Finger drin). Die Gruppe will die Verbrechen in Algerien dokumentieren und die Verantwortung für die Massaker und eine mögliche Verstrickung staatlicher Stellen darin öffentlich machen. Als eigentlichen Hintergrund sehen sie wirtschaftliche Interessen bis hin zu einem Machtkampf zwischen französischem und US-amerikanischem Kapital um Stücke aus der großen Torte vor allem im Erdölbereich (der algerische staatliche Ölkonzern Sonatrach soll der zehntgrößte der Welt sein). Über den IWF zwingen sie den algerischen Staat, die verstaatlichten Betriebe und Ländereien bis Ende des Jahres zu privatisieren.

In »Ein Viertel unter dem Terror« berichtet ein Bewohner eines Vorortes von Algier über die Stimmung in seiner Nachbarschaft, den Aufbruch 1988¹, den Übergang der Revolte in eine islamisch orientierte Bewegung und das Klima des Terrors jetzt. In »Irgendwo inmitten all der Lügen liegt die Wahrheit« versucht *algeria-watch* zu zeigen, daß sich die Massaker u.a. gegen die »gemäßigte« isla-

¹ Zur Revolte 1988 siehe auch: »Die Revolte in Algerien – Intifada im Sozialismus?« in der *Wildcat* 46 (Winter 88/89) und »Der Fall von Algier?« in der *Wildcat* 58 (Februar 92).

mische Strömung richten, und daß die wachsende Militarisierung der Gesellschaft im Interesse des Staates, bzw. einzelner Machtblöcke innerhalb des Staates sei.

»Der Krieg um den Boden« und »Alle töten, um Raum zu haben« sind Artikel aus der *Libération*. Sie beleuchten den Zusammenhang der Massaker mit der Privatisierung des Grund und Bodens.

Diese Erklärungsansätze sprechen jeweils interessante und wichtige Aspekte an. Über die Kämpfe der letzten Jahre, seien es Streiks, Landbesetzungen oder Frauenbewegung, sind jedoch meistens nur Bruchstücke und Andeutungen zu erfahren. Dabei wäre genau das der Punkt, der deutlich machen könnte, warum sich viele Menschen dem Islam zuwenden und wer ein Interesse am Terror hat.

Ein Viertel unter dem Terror

»Früher steckten wir im Elend. Heute ist es immer noch so, aber außerdem haben wir noch das Blut und den alltäglichen Terror, der uns nicht verlassen will.« Der ältere Mann erzählt detailliert, wie das Arme-Leute-Viertel, in dem er aufgewachsen ist und immer noch lebt, nach und nach in einem unbeschreiblichen Terror versank. Heute sehnt er sich nach den belebten Straßen, »wo vier oder fünf Personen zusammenstehen und stundenlang über alles lästern«, vom Staatspräsidenten bis zum Händler an der Ecke, der immer versuchte, ein Paar Dinar mehr zu verlangen als die anderen. Abgesehen von den unvermeidlichen Streitigkeiten unter den Kindern und gelegentlichen kleinen Nachbarschaftsproblemen ging das Leben so dahin. Das heißt, schlecht. Aber ohne Angst. Hinter den brüchigen Mauern verbargen sich die Leiden und die Wut, die mit der unerträglichen Enge und der Unmöglichkeit verbunden waren, ein anständiges Leben zu führen. Die jungen Menschen, Mädchen wie Jungen, waren in einer Sackgasse. Das Leben bot keinerlei Versprechen. Das Jenseits war vielleicht sicherer. Wie viele andere begann das Viertel mit den »Ereignissen« von Oktober 1988 aus der Anonymität zu treten. Es gab nicht viel zu zerstören oder in Brand zu setzen, aber man tat es mit dem Spott kleiner Strolche, die den Großen einen Streich spielen. Gewiß waren die darauffolgenden Tage ernüchternd, da man zum Einkaufen drei Kilometer hinunterlaufen mußte: »Sie« hatten die Filiale der Galeries in Brand gesetzt.

Die Sehnsüchte des Oktober

Der Oktober 88 hatte die Sehnsucht genährt, daß die Veränderung von den Arme-Leute-Vierteln ausgehen könnte. Kein Jugendlicher des Viertels starb während der Revolten, aber mehrere wurden festgenommen und verhört. Dann hat die Wut in der FIS ein Ventil gefunden und das Viertel fing an zu tanzen, sich zu bewegen und sich mit Lärm und Energie zu füllen. Die Jugend begann zu glauben, daß ein gerechter Staat kein Traum sei und sie trugen in Massen den Kamis und den Bart.

Sie fingen wieder an, in die Moscheen zu gehen und die Lektüre der Schriften zu erlernen. Es kam zu den ersten Konflikten in der Moschee, in der die betagten Aktivistinnen der »FM« (frères musulmans) bald die Kontrolle verloren. Die ungehaltenen jungen Menschen, die den Führern der FIS einen rasanten Rhythmus von Forderungen auferlegten, konnten sich nicht mit »Etappen« begnügen, wie sie die besonnenen FM vorschlugen. »Gerechtigkeit, und zwar schnell, der Islam ist die Lösung!« Die FM hielten monatelang dagegen. Aber schließlich erlangten die jungen Leute der FIS die Kontrolle über die Moschee. Erster Sieg und erster Drang zur Veränderung. Die Armen und Bedürftigen wurden gezählt und islamistische junge Frauen kümmerten sich darum, ihnen diskret und regelmäßig Proviantkörbe zukommen zu lassen. Medizinische Beratungen wurden organisiert. Der Staat, der in allem versagt hatte außer in der Repression, wurde auf dem Terrain durch einen außergewöhnlichen karitativen Aktivismus ersetzt. Die FIS siegte in den Kommunalwahlen von Juni 1990. Euphorie: Die Dinge würden sich endlich ändern. Aber sehr schnell stellte man fest, daß die FLN in den Kommunen nur Probleme und sehr wenige Mittel hinterlassen hatte. Wut und Frustration. Der Streik von Juni 1991 führte erneut zur Mobilisierung des Viertels. Sie gingen hinunter in die Innenstadt von Algier und verbrachten schlaflose Nächte auf den öffentlichen Plätzen. Am 4. Juni wurden die Plätze mit Gewalt geräumt. Die Stunde der Massenverhaftungen und Feuersalven hatte geschlagen. Viele junge Männer wurden in Lager verschleppt. Der Haß auf die Polizei, der für kurze Zeit verblaßt war, war mit einem Schlag wieder wach. Manche Jugendliche waren verschwunden. Das Untergrundleben begann. Aber die meisten blieben mobilisiert, um zu verhindern, daß die »Verräter« die Kontrolle über die FIS übernehmen. Schließlich beruhigten sich die Dinge etwas. Die Parlamentswahlen rückten näher. Die FIS zögerte, gab aber schließlich ihre Teilnahme bekannt. Im Viertel hat sie klar gesiegt. Als die Wahlzettel ausgezählt wurden, tönte es wie eine Litanei: »FIS, FIS, FIS ...«. So sehr, daß, als zum ersten Mal »FLN« zu hören war, alle in Lachen ausbrachen und klatschten. Die FIS hatte gewonnen. Das Viertel würde verlieren. »Chadli wird zurückgetreten«. Boudiaf wurde ans Steuer berufen. Hachani kam ins Gefängnis. Das Viertel war in Aufruhr. Wieder Razzien und Lager. Wenn möglich, verbrachten die jungen Leute die Nacht anderswo. Die Moscheen fingen Feuer und wurden zum Ausgangspunkt unerlaubter Demonstrationen. Man begann, das Prasseln von Kugeln kennenzulernen. Der erste Tote war ein Jugendlicher von 13 Jahren. Getötet von einem Querschläger. Andere Opfer folgten, in einem Todesspiel, in dem die Jugendlichen mit Sticheleien und Beschimpfungen die Sicherheitskräfte herausforderten. Die ersten Attentate. Die Moschee wurde den Alten überlassen. Es war die Zeit der Flugblätter. Chebouti, dem die Jugendlichen den Titel »General« verliehen, rief zum Jihad und forderte die Polizisten auf, unverzüglich die Uniform abzulegen. Die ersten bewaffneten Gruppen entstanden. Die Repression verschärfte sich. Polizisten wurden erschlagen. »Denunzianten« auch.

Geschichten des Grauens

Im Viertel herrscht inzwischen ein echter Bürgerkrieg. Viele junge Leute sind Flics und zu Feinden ihrer früheren Freunde geworden, mit denen sie in Schule und Moschee gingen und in derselben Mannschaft Fußball spielten. Die Angst hat sich eingenistet. Das ganze Viertel wird von den Polizisten als terroristisch eingestuft. Und jedesmal, wenn sie ins Viertel einfallen, schleppen sie junge Männer ab. Die, die zurückkehren, erzählen von dem Grauen: Hunger, Folter, »Chiffon«, Eisenstange ... Manche schwören, daß sie sich in Zukunft lieber das Leben nehmen, als sich schnappen zu lassen. Unter der Folter haben junge Menschen, die nichts getan haben, gestanden, den bewaffneten Gruppen anzugehören und irgendwelche Leute denunziert. Nur damit es aufhört. Jedesmal, wenn ein Jugendlicher verschleppt wird, wird den anderen im Viertel schlecht: Welche Namen wird er ausspucken, wenn er auspackt unter dem schlagkräftigen Nachdruck der Polizisten, die zur Routine verwandelt haben, was der Staat nie zugegeben hat?

Die Liste der Gesuchten wurde länger und ihre Wohnungen wurden regelmäßig und gewaltsam aufgesucht. Kollektivhaftung. Die ganze Familie ist terroristisch, weil der Sohn ein Terrorist ist. Das ganze Viertel ist terroristisch, weil es Terrorismus gibt. So geht es seit drei Jahren. Die Alten ducken sich noch mehr. Die jungen Männer, von denen sich die meisten nicht den bewaffneten Gruppen angeschlossen haben, versuchen, den Polizisten nicht in die Hände zu fallen. Wer die Möglichkeit hat, schläft bei Verwandten, die woanders wohnen. Am Tage kommen sie ins Viertel zurück, damit die »Verräter« sehen, daß sie noch da sind und sich nicht den »anderen« angeschlossen haben. In einigen Familien gibt es keine jungen Männer mehr. Sie wurden vom Krieg hinweggerafft. Eine furchtbare Bilanz für ein armes Viertel, das eines Tages die Sehnsucht gehegt hatte, daß ein Staat der Gerechtigkeit nicht zum Reich der Träume gehört. Viel zu viele Tote in diesem Bürgerkrieg, unter der Jugend eines Viertels, in dem man nur die Wahl hatte, entweder kleine Jobs als Verkäufer von Kleinkram zu machen oder Flic zu werden. Die Überlebenden sagen fatalistisch, daß sie einfach nur warten, bis sie an der Reihe sind. Und um das fürchterliche Grauen zu bekämpfen, das bei jedem Alarm Besitz von ihnen ergreift, sagen sie sich, daß der Zeitpunkt des Todes von Gott bestimmt wird und es nichts nützt, ihn verschieben zu wollen. Es sind die letzten »Hoffnungszeichen« einer Arme-Leute-Jugend, die geglaubt hatte, sie könnte die bestehende Ordnung stürzen.

Hamid Larbi (algeria-watch, Infomappe 2)

Irgendwo inmitten all der Lügen liegt die Wahrheit

Die Massaker haben sich in den Westen verlagert, in die Region um Oran, die bis dahin verschont geblieben war. Diese Verlagerung wirft Fragen auf, die wir hier nur andeuten, ohne darauf Antworten geben zu können.

Nach den Massakern Ende August und September 1997 an den Toren Algiers war sowohl eine groß angelegte militärische Operation der Armee, als auch eine Medienoffensive gestartet worden, die zeigen sollte, wie effizient die Armee gegen den »Terrorismus« vorgeht und angeblich die Region von »terroristischen Elementen« säubert. Es wird vermutet, die Armee habe sich von den Verdächtigungen, in die Massaker nicht interveniert zu haben bzw. sogar verstrickt zu sein, rein waschen wollen und deswegen eine zweiwöchige Schlacht gegen die GIA inszeniert (siehe dazu den Artikel »Algerische Geheimdienste in die Attentate in Paris verwickelt«²). Es wurde allerdings schon damals gemeldet, daß die nicht getöteten »Terroristen« gen Westen geflohen seien, ausgerechnet dorthin, wo sich die AIS (bewaffneter Arm der FIS) befindet und die Massaker jetzt wüten.

Die jetzigen Massaker finden in Regionen statt, in denen die Bevölkerung keine Milizen gebildet hat. Nach den Massakern erfahren wir, daß z.B. in der Gemeinde Ramka mehr als 200 Bewohner bewaffnet wurden (AFP, 06.01.98).

Diese armen Bergregionen haben in den Kommunalwahlen 1990 und den Parlamentswahlen 1991 massiv für die jetzt verbotene FIS gestimmt. Viele Familien haben Angehörige, die sich der AIS angeschlossen haben. Es berichten Angehörige im Ausland, daß vorzugsweise Familien dieser Kämpfer niedergemetzelt werden. Oder soll die AIS selbst vernichtet werden, indem ihr der Rückhalt in der Bevölkerung entzogen wird und sie verfolgt wird?

Die algerischen Medien und die ausländischen Medienagenturen betonen, daß die Massaker ausgerechnet dort stattfinden, wo sich die islamistischen Maquis [bewaffneter Untergrund] befinden (auch der GIA). Verwunderlich nur, daß nicht früher Feldzüge gegen die Zivilbevölkerung unternommen wurden. Um zu erklären, warum dies nicht der Fall war, wird auf einen Brief hingewiesen, den ein getöteter »Terrorist« bei sich getragen haben soll, in dem den Gruppen im Westen empfohlen wurde, ihre Angriffe zu verstärken, um die Gruppen im Zentrum zu entlasten (Le Matin, 01.01.98). Darüber hinaus soll ein Bewohner Algiers, der vor kurzem aus dem Westen des Landes zurückkam, wiedergegeben haben, daß seit etwa zwei Monaten Flugblätter von der GIA im Umlauf sind, in denen stünde: »Wir werden bald hier sein. Wir haben in Algier gefrühstückt. Wir werden in Oran zu Abend essen. Gezeichnet: GIA« (Reuters, 03.01.98).

Weiter wird erklärt, die Angreifer seien die GIA (Islamische Bewaffnete Gruppen). Sie würden sich an der Bevölkerung vergreifen, weil es ihr letztes Aufbäumen sei, bzw. gegen die AIS vorgehen, weil diese seit Oktober 1997 einen Waffenstillstand einhält.

Wie schon während der Massaker im Zentrum des Landes beobachtet wurde, treten die Angreifer oft in afghanischer Kleidung auf, mit langen Bärten und

² Dieser Artikel ist erhältlich bei der unten angegebenen Adresse von algeria-watch.

einfachen Waffen (Säbel, Äxte, Messer). Sie gehen methodisch vor und wissen scheinbar genau, welche Familien dezimiert werden sollen. Bei den letzten Vorfällen tauchten sie mit Fernsprengeräten auf, über die sie ausgerufen haben sollen: »Hier sind wir bald fertig.«

Obwohl am darauffolgenden Tag das Militär mit großem Aufwand die Gegend durchkämmte und bombardierte, konnten die Angreifer in der nächsten Nacht ihr Unheil erneut treiben.

algeria-watch (Infomappe 3) – Kohlfurter Str. 46, 10999 Berlin

Der Krieg um den Boden

Vor zwei Jahren begannen die Morde in der Mitidja.

Viele Menschen fragen nach einem Zusammenhang zwischen der Ankündigung der Privatisierung von bäuerlichen Ländereien 1995 und den ersten Massakern in den isolierten Weilern in der Mitidja-Ebene. Die Presse bezweifelt, daß dieses Zusammenfallen zufällig sei, klagt aber den »Terrorismus« an, »die Ebene zum Zweck der Privatisierung von ihren Bewohnern leermachen« zu wollen. (...) Louisa Hanoune, Chefin einer kleinen trotzkistischen Partei ist davon »überzeugt, daß es eine Verbindung zwischen den Massakern (in der Mitidja) und der Privatisierung der bäuerlichen Ländereien gibt«. Manche gehen weiter und sehen im Massaker ganzer Familien eine endgültige Methode, um sicherzustellen, daß niemand eines Tages das »ewige und übertragbare« Nutzungsrecht auf ein Stück Land einfordern könnte, das 1986 zum Vorteil der dort arbeitenden Bauern angeordnet worden war..

Wenn es in Algerien ein Tabu gibt, so ist es das Privateigentum am Boden. Seit der Unabhängigkeit, als fast der gesamte Grundbesitz nationalisiert wurde, gilt dieser Frage ein hoher politischer Einsatz. Im Oktober 1990 führte bereits die Veröffentlichung einer Liste von »150 ungebührlichen Besetzungen« durch den »Reform«-Premierminister Mouloud Hamrouche zu großem Gezeter. Diese Liste war ein Who is who der Nomenklatura und legt offen, daß diese Güter von Leuten an sich gerissen worden waren, die nichts mit den algerischen Bauern zu tun hatten, die seit 1986 im »ewigen und übertragbaren Besitz« der Ländereien waren, die sie bearbeiteten.

Als im September 1995 ein Gesetzesprojekt angekündigt wurde, das zur Privatisierung bäuerlichen Grund und Bodens führen sollte, mußte das folglich zu Wirbel führen. Insbesondere im Innern der »revolutionären Familie«, dem sozialen Fundament des Regimes, der von all jenen, die am Unabhängigkeitskrieg (unmittelbar oder aus der Ferne) teilgenommen haben, und ihren Familienangehörigen gebildet wird. Der Druck ihrer einflußreichsten Mitglieder hat den Staatschef wirklich gezwungen, das Projekt auf Eis zu legen, das schließlich in der Nationalversammlung bei ihrer Frühjahrssitzung landen sollte.

Auf den ersten Blick kann die Größe des zum Verkauf versprochenen nationalisierten Grundbesitzes zwar akzeptabel erscheinen: 2,8 Mio. Hektar von 8 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche – und 42 Mio. Hektar, die zum Landwirtschaftssektor gehören.

Aber das »zu privatisierende Land« gehört fast ausschließlich zur sehr fruchtbaren Mitidscha-Ebene, die heute wie unter der Kolonialherrschaft als Kornspeicher Algeriens gilt. Daß diese fruchtbaren Ländereien urbanisiert werden sollen, in einem Land, das den wesentlichen Teil seiner Nahrungsmittel importiert, läßt das zukünftige Gesetz bereits nach Skandal riechen. Regierungschef Ahmed Ouyahia hat die Sache noch durch seine Erklärung verschlimmert, man würde mit Priorität »an die Mudschaheddin (Kämpfer im Befreiungskampf) und ihre Familienangehörigen« verkaufen – anders gesagt, an die Privilegierten des Systems.

Der Premierminister hatte behauptet, die Bauern hätten die Option, ihre Ländereien »für eine Zeitspanne von dreißig Jahren, die danach erneuert werden kann« zu pachten, und daß die Pächter genauso wie die Käufer »gehalten (seien), die landwirtschaftliche Bestimmung« der Ländereien aufrechtzuerhalten. Aber die Geschwindigkeit, mit der Bauwerke rund um bestimmte Gemeinden wie Bab Ezes herum hochgezogen werden, wächst.

Ein Prozeß Anfang 1997 hat dazu geführt, daß neun Honoratioren unter gerichtliche Kontrolle gestellt wurden: Funktionäre der Ämter für Landwirtschaft und für Städtebau, und vor allem, Vorsitzende und Mitglieder der »Exekutivdelegationen« (DEC) – die von der Macht bestellten Gemeindeverwaltungen, welche die abgesetzten FIS-Bürgermeister bis zur Kommunalwahl am 23. Oktober letzten Jahres ersetzen sollten. In der Gemeinde Borj el-Kiffan zum Beispiel hatten die Verantwortlichen der DEC in betrügerischer Weise echte-falsche Baugenehmigungen erteilt. »Trotz dieses Gerichtsverfahrens«, kommentierte die Tageszeitung *El Watan* am 17. Oktober, »gehen die Landübertragungen auf Kosten des Ackerlands weiter [...] und bereichern diesen oder jenen, wobei sie den landwirtschaftlichen Gürtel um den Großraum Algier fast vernichten.« Einige Zahlen geben ein Bild von der Beschleunigung beim unerlaubten und anarchischen Bau von Villen. Während in 22 Jahren (1974-1996) 150 000 Hektar bestellbares Land erschlossen wurden, übergab man in nur vier Jahren 60 000 an die Immobilienspekulation (1988-1992) und weitere 14 000 Hektar in der Periode, die mit der Einsetzung der DEC zusammenfällt (1992-1995).

Die Spekulation ist so zügellos, daß die Regierung im Juni 1996 eine interministerielle Kommission ernennen mußte, um »den Schleier zu lüften, der über diesen Praktiken liegt«. Angeklagte Nummer eins: »die Grundstücksmafia«. Diese in Algerien gebräuchliche Beschönigung bezeichnet jedermann und somit niemanden. Das Gerücht bezieht sich darauf, daß der Staat riesige Immobilienprojekte realisiert und zielt auf Grundbesitzer, der zivilen und militärischen Nomenklatura nahestehende Investoren, aber auch auf die Chefs der Milizen, die zu Kriegsherren geworden sind.

José Garçon (Libération 2.1.98)

»Alle töten, um Raum zu haben«

Als technischer Angestellter in einer Gemeindeverwaltung, die an El Harrach, im östlichen Banlieue von Algier, angrenzt, hat Rachid D. in den letzten Jahren den Osten der Mitidja durchfurcht. Er hat die anarchische Besiedlung dieser alten Ackerbaugebiete gesehen: Villen der Honoratioren oder von Lumpenproletariern aus Algier schnell errichtete Barackenanlagen. »Die katastrophale Verwaltung der Bevölkerung durch den Staat, sowie die Korruption der Abgeordneten und der Verwalter erklären die aktuelle Krise« sagt er.

Ihm zufolge fließt Blut auf dem Boden der Mitidja, um sie von ihren Bewohnern zu entleeren. »Das ist ein territorialer Krieg geworden, wo alle töten, um Raum zu haben: die lokale Mafia, die bewaffneten islamischen Gruppen (GIA), die offiziellen Honoratioren, oder die privaten Honoratioren, welche letztere benutzen.« Wie die Mehrheit der Bevölkerung der Mitidja hat sich die Familie von Rachid, die aus der »Kleinen Kabylei« stammt, zur Zeit der Landflucht nach der Unabhängigkeit 1962 in der Gegend niedergelassen. Im Rathaus, wo er 20 Jahre lang gearbeitet hat, verlangte man, die Herkunft der in der Gemeinde lebenden Familien zu erfassen. (...) 1987 beschließt die Regierung den Umzug der Elendsviertel von Algier. »Der Staat hat den Armen anderswo kostenlos Land angeboten und Einkaufsgutscheine für das Material.« Die Leute haben sich geweigert zu gehen. Eines Morgens im September 1989 sind Militärs in den Slum von Oued el-Harrach eingerückt. »Sie haben unsere Erfassung benutzt und jede Familie wurde gemäß ihrer Herkunft in eine Region zurückgetrieben. Man hat sie mit Gewalt nach Sor el-Ghozlane, Boussada und Ain Bessem, 300 bis 400 km südlich von Algier gebracht, wo man ihnen Unterkünfte versprochen hat... Es gab aber nur Zelte. Eine soziale Integration existiert nicht in Algerien«, sagt Rachid. Eingesessene Algerier Familien wurden (...) ins Hinterland der Hauptstadt vertrieben. Und die neuen Wohnungen sind lange leer geblieben. »Viele Slum-Bewohner glaubten, daß sie eine Sozialwohnung bekommen würden, dann, als sie gebaut wurden, hat der Staat den Status der Wohnanlage geändert, so daß sie nur noch für wohlhabende Familien erschwinglich war.«

Rachid hat gesehen, wie sich Kinder aus den Bidonvilles den Islamisten zuwandten. »In der Mitidja sind sie Zuschauer einer allgemeinen Korruption: die Militärs, die mit ein wenig Land und Traktoren als Abfindung in Pension geschickt werden; die Ex-Direktoren des Staatsbetriebe, die in Sidi R'zine beispielsweise Villen gebaut haben, dann in ihrer Garage dank ihres früheren Arbeitgebers, dem Staat, Import-Export-Geschäfte machen.« Ihr Parasitentum, schätzt Rachid, bringt das politische Spiel durcheinander. »Sie bezahlen Steuern an den Staat und an die GIA.«

Nidam Abdi (Libération 2.1.98)

»In den Ghettos sind die Drogen zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden«

Interview mit Curtis Price

[Charles Reeve und Sylvie Deneuve, von denen wir schon des öfteren Artikel im Zirkular hatten, sind im Frühjahr '97 durch die USA gereist und haben dabei mehrere Interviews gemacht, die sie unter dem Titel: Dissonante Stimmen aus Amerika (Voix dissonantes d'Amérique) zusammengefaßt haben. Daraus haben wir im folgenden das erste Interview übersetzt. Die anderen behandeln zum größten Teil die neue Immigration in die USA. Wenn jemand Lust hat, was fürs Zirkular zu übersetzen, schicken wir sie ihr/ihm gern zu. Die Interviews wurden in Englisch (teilweise wohl auch Spanisch und Portugiesisch geführt), sie sind aber nur in Französisch niedergeschrieben.]

Baltimore, 20. April 1997

Baltimore, der große Hafen der Ostküste, liegt bereits im Süden der Vereinigten Staaten. Hier rennt man fast nie. Mit dem Zug vier Stunden von New York entfernt ist die Nonchalance der Gaffer eher erholsam. Eingequetscht zwischen die Autobahnzubringer, die es von den riesigen Ghettos trennen, ist das historische Zentrum provinziell und wenig belebt. In Baltimore sind 70% der Bevölkerung schwarz. Nach den großen Revolten der 60er Jahre hat der Beton als Sicherheitsgürtel gedient. Inmitten des Gewirrs von Schnellstraßen wurde eines der größten Zuchthäuser des Bundesstaates errichtet, es ist eine graue und kalte Erinnerung an das Ausmaß des nordamerikanischen Knastuniversums. Mit einer Million Einwohnern hat Baltimore all die Merkmale einer amerikanischen Stadt am Ende dieses Jahrhunderts: Niedergang der Industrie, prekäre Jobs, sinkende Löhne, Marginalisierung und Verarmung der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung. Die offiziellen Berichte sprechen von 50 000 Drogenabhängigen und 18 000 Festnahmen im Jahr wegen Drogen. Baltimore hat auch eine der höchsten Raten heranwachsender Mütter im Land.

Zusammen mit schwarzen GenossInnen hatte Curtis vor einigen Jahren eine radikale Straßenzeitschrift gemacht, *Street Voice*¹, die davon erzählt, wie schwer das Leben ist, von Drogen, Obdachlosen, Aids, minderjährigen Müttern, Knast

¹ Street Voice, 101 W, Read St., #421, Baltimore, MD 21201, USA

und anderen Gefängnissen – anders gesagt von *dem* Amerika, das in den Statistiken des Wirtschaftsaufschwungs und des Jobwunders nicht vorkommt. Curtis, mit seiner Ruhe des *Southerners*, hat alle Zeit der Welt und viel Energie. Ewig wütend, hat er damit angefangen, eine zweite radikale Zeitschrift zu veröffentlichen, *Collective Action Notes*², die vor allem über die weltweiten Kämpfe spricht und die soziale Emanzipation diskutiert. Wen wundert es also, daß Curtis die Hälfte der Bewohner in der Stadt kennt? Die respektable Hälfte, selbstverständlich. Nicht die Bullen, die Knastwärter, die Spießer, die Wachleute, die Barbesitzer und die Finanzleute. Unterwegs treffen wir alte Bekannte. Sean ist gerade aus dem Knast gekommen und erklärt Curtis, daß er rumbummelt und einiges im Viertel peilt. Er hat eine Leidenschaft für Einrichtung und scheint sich besonders für die schönen bourgeoisen Wohnstätten im Südstaatenstil zu interessieren. Ed, der früher mit dem Team von *Street Voice* herumhing, hat gerade einen kleinen Job im Empfang eines sozialen Zentrums gefunden. Er ist prekär wie alle modernen Jobs, aber Ed hat sich bereits einen schönen Timberland-Blousson und ein super Handy geleistet. Curtis beruhigt mich: keine Panik, es handelt sich bloß um eine einfache, spontane »Enteignungs«-Aktion aus dem Auto eines Reichen, das Handy wird so lange halten, wie das Abo bezahlt ist. Durch *Collective Action Notes* hat Ed Wind bekommen vom Kampf der »sans papiers« in Paris. »Wo sind sie her? An dem Tag, wo wir uns hier mit ein paar tausend Leuten auf der Straße versammeln, werden sie Angst kriegen«, sagt er mit einem strahlenden Lächeln. »Im Moment geht das nicht, wir sind zu sehr vom Elend niedergedrückt. Jeder muß sich aus der Klemme ziehen, aber die Sache ist noch nicht zu Ende!« fügt er hinzu. Man ruft ihn. »Entschuldigt mich, ich muß eine Kleinigkeit erledigen.« Und weg ist er.

Schließlich finden wir eine Bar, wo wir uns bei einem Bier setzen können. Curtis bestellt seinen Mittagsburger. Er hat uns einiges mitzuteilen.

Frage: In einer »alternativen« Zeitschrift protestiert ein Jugendlicher gegen die Forderung, die weichen Drogen zu entkriminalisieren. Er ist Hauslieferant für Grass und macht geltend, daß ihn die Legalisierung arbeitslos machen würde, während er zur Zeit etwa 100 Dollar am Tag verdient, was alles in allem nicht schlecht ist ... insbesondere, wenn man es mit dem US-Mindestlohn vergleicht, der bei 5 1/2 Dollar die Stunde liegt. Welchen Platz nimmt die Ökonomie der Droge in den proletarischen Vierteln und insbesondere im Leben der schwarzen Gemeinschaft ein? Wie sehen die Leute den Drogenhandel?

Antwort: Die Vorschläge des jungen Manns sind interessant, weil es wieder einmal um die Frage der Legalisierung geht. In den Vereinigten Staaten stellt man

² Collective Action Notes, P.O. Box 22962, Baltimore, MD 21203, USA

sich heutzutage die Drogenfrage oft als Problem Verbot gegen Legalisierung. Die beiden Lager betrachten die Droge als Randproblem: etwas, das stört, ein Problem, das existiert, das aber nicht Teil des gesellschaftlichen Lebens ist.

Für mich gibt es eine realistischere Art, die Dinge zu sehen. In unseren Tagen ist die Ökonomie der Drogen ganz einfach zu einer wirtschaftlichen Branche geworden. In den armen Vierteln der großen Städte ist sie sogar die vorherrschende Ökonomie geworden. Eine Anekdote: Als wir das Projekt *Street Voice* herausgebracht haben, waren wir auf der Suche nach Büroräumen. Wir haben zu Beginn in den armen Vierteln von Baltimore gesucht, denn wir dachten, dort seien die Preise niedriger. Aber es war unmöglich, etwas zu finden, alles war weg... Es gab einen regelrechten Boom an wirtschaftlichen Aktivitäten, obwohl von außen betrachtet nichts daraufhindeutete. Schließlich haben wir Räume in einem eher schicken Bürogebäude gefunden, im historischen Stadtzentrum. Hier waren die Mieten erschwinglich, weil es im Viertel keinerlei Aktivität mehr gab. Ein kleines Zeichen, das einen Anhaltspunkt dafür gibt, welche Auswirkungen die Drogenökonomie in den armen Vierteln der amerikanischen Städte hat.

Wenn es um Drogen geht, führen die Bewohner der armen Viertel einen doppelten Diskurs. (...) Vor allem dann, wenn jemand von außen kommt und sie fragt, was sie vom Drogenhandel halten. Man wird natürlich sofort antworten, daß man dagegen ist, daß man die damit verbundene Gewalt nicht mag, daß die Droge eine Plage ist, daß man den Drogenhandel aus dem Viertel verbannen müsse usw. Aber hinter diesem Gerede aus Gemeinplätzen gibt es eine andere Realität. Heutzutage sind die Drogen für mehr und mehr Leute eine unverzichtbare Einkommensquelle. Nehmen wir etwa folgendes Beispiel: eine alleinerziehende Frau, die vom Mindesteinkommen oder sogar von noch weniger leben muß. Wenn einer ihrer Söhne regelmäßig mit Geld in den Taschen heim kommt und sie mit einigen hundert Dollar im Monat unterstützt, wird sie das natürlich akzeptieren, auch wenn sie keinerlei Zweifel über die Herkunft des Geldes hat. Heutzutage halten die Abfälle aus dem Drogengeschäft die Stadtviertel am Leben und machen einen Bestandteil der Einkünfte fast aller Familien aus. Der Drogenhandel ist eine zusätzliche Einkommensquelle für viele Leute, die eher schlecht als recht überleben.

Heutzutage wird so viel Reklame gemacht mit der amerikanischen Wirtschaft, die Jobs produzieren würde. »Was macht es aus, wenn sie schlecht bezahlt sind, Hauptsache Jobs!« Aber dieser sogenannte Aufschwung geht an den Bewohnern der armen Viertel vorbei. Einerseits aus rein geografischen Gründen, denn die Ghettos sind abgetrennt von den weit entfernten Vororten, wo die meisten der Jobs entstehen. In den Vereinigten Staaten sind die öffentlichen Verkehrssysteme auf ein Minimum reduziert, man muß mit dem Auto fahren, und in den Ghettos haben sehr wenige Leute ein Auto. Darüberhinas brauchst du ein sauberes Führungszeugnis, selbst wenn es unqualifizierte Jobs sind ... Und man weiß, daß 70% der unter 35jährigen Männer im Ghetto Probleme mit der Polizei hatten oder noch

haben. Aus all diesen Gründen (und aus anderen) würden nur wenige Unternehmer jemanden einstellen, der aus diesen Stadtvierteln kommt. Sogar dann, wenn sie keine andere Wahl hätten, würden sie es nicht tun, so stark verankert sind die Sicherheitsklischees im Kopf der Unternehmer: das sind schlechte Arbeiter, Nichtsteuer, Diebe usw. Unter Berücksichtigung des industriellen Niedergangs der Städte haben diese Jugendlichen keine andere Wahl als mit dem Drogenhandel verbundene Aktivitäten. Das ist ein weltweites Phänomen! Das hat nichts mit Nischenwirtschaft zu tun. In diesen Vierteln der großen Städte ist es ganz einfach eine Lebensweise geworden!

Warum wird der Drogenkleinhandel vor allem von Jugendlichen kontrolliert?

Aus mehreren Gründen. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre hat die Polizei die alten Verteilernetze aufgerollt, die unter der Kontrolle älterer Händler waren. Diese hatten ihre illegalen Aktivitäten klassisch organisiert: sie hatten Routine dabei, einen regulären wirtschaftlichen Ablauf zu managen. Resultat des berühmten Kriegs gegen die Droge: diese Netze wurden zerstört und die Leute landeten im Knast. Dadurch entstand ein Vakuum, das dann Jugendliche aufgefüllt haben. Heutzutage liegt die Kontrolle über die Kleindealerei bei Leuten zwischen 16 und 25 Jahren. Für jemand, der nur die Perspektive auf einen Job zum Mindestlohn hat, stellt sich das als lukrative Tätigkeit dar. Selbst für Leute, die nur subalterne Rollen spielen: den potentiellen Käufer mit dem Verkäufer in Kontakt bringen, Alarm geben, wenn die Polizei aufkreuzt. Alle können einige hundert Dollar in der Woche verdienen. Sicher, mit enormen Risiken, aber mit wenig Anstrengung. Die jungen Dealer oder diejenigen, die weiter oben in der Hierarchie sind, können leicht auf mehrere hundert oder sogar tausend Dollar am Tag kommen. Auf diese Art sind Jugendgangs wohlhabend geworden und geben ihre Einkünfte für überschwenglichen Konsum aus: Schmuck, Autos usw. Das sind diejenigen, die am besten leben im Ghetto.

Eine Studie in der Stadt Washington hat gezeigt, daß mehr als die Hälfte der Heranwachsenden in diesen Stadtvierteln auf die eine oder andere Weise mit dem Drogenhandel zu tun hatte. Ein Großteil hatte einen kleinen Teilzeitjob und die Droge erbrachte die notwendige Aufstockung. Die Studie zeigte auch, daß die Jugendlichen, die eine besser bezahlte Arbeit gefunden hatten, sagen wir für zehn Dollar die Stunde, den Drogenhandel aufgegeben hatten. Denn er ist sehr riskant: die Quote an Arbeitsunfällen liegt bei 80% (...) Da die Gewalt sehr ausgeprägt ist, kann man von einem auf den anderen Moment auf der Strecke bleiben. Es ist eine sehr riskante Tätigkeit. Wenige halten längere Zeit durch. Einigen gelingt es, rechtzeitig abzuspringen, viele landen im Knast, oft mit langen Strafen. Andere werden umgebracht, wieder andere schwer verstümmelt. Verglichen mit einem anderen Job wird man im Drogengeschäft nicht alt.

Im Gegensatz dazu sind die Konsumenten weniger jung. Das ist wieder so ein Feld, wo die Desinformation der Medien durch und durch wirkt. (...) Die Medien sprechen von jungen Drogenabhängigen, die für all die Gewalt verantwortlich wären. Aber die Untersuchungen zeigen, daß heutzutage die junge Generation sehr viel weniger Drogen konsumiert als mit ihnen handelt, daß es einen deutlichen Unterschied gibt zwischen Verkauf und Konsum. Die meisten von denen, die diese Arbeit machen, konsumieren vor allem Marihuana oder Bier. Sehr wenige hängen auf harten Drogen. Das Crack zum Beispiel wird konsumiert von älteren Leuten, die über 25 sind. Die Jungen bauen ihr Verkaufsnetz auf ausgehend von ihren eigenen Familien, den älteren Nachbarn, den nächsten Bekannten. Auf jeden Fall reicht die Nachfrage der armen Gemeinschaft nicht aus, um die Ökonomie der Droge aufrechtzuerhalten. Das Kokain zum Beispiel wird in großen Mengen, und das ist bekannt, vor allem von den weißen Mittelschichten konsumiert. Das Bild des Drogenabhängigen an der Straßenecke im Ghetto ist am leichtesten zu propagieren, weil das sichtbar ist. Aber es ist der Konsum der Mittelschichten in den besseren Vierteln, der in Wirklichkeit die Nachfrage aufrechterhält.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch was zur Entwicklung des Systems der Hauslieferung, den runners, sagen. Du wohnst in einem entlegenen, sauberen Vorort oder in einem schicken Viertel in der Großstadt und du möchtest Koks, ohne im Ghetto herumzulaufen zu müssen. Dann schließt du alleine (oder zusammen mit Freunden) einen Vertrag mit einem »runner«, der die Ware auftreibt und nach Hause liefert. Das sind die »neuen Jobs«, die durch diese Tätigkeit geschaffen werden!

Gibt es eine Beziehung zwischen der Rap-Musik und dieser wirtschaftlichen Tätigkeit?

Rap ist ein Reflex der Wirklichkeit, die die Ghettojugend erlebt. Unvermeidlicherweise transportiert er die Werte dieser neuen Unternehmermentalität. Du findest im amerikanischen Rap eine starke Verurteilung der Polizeirepression. Das ist normal, auch in dem Maß, wie die Aktion der Polizei diese illegale kommerzielle Tätigkeit bedroht. Ich finde aber, daß man insgesamt den politischen Inhalt des Rap überbewertet. Zynisch gesagt: Stell dir Al Capone in den 30er Jahren als Rapper vor. Natürlich würde er gegen die Brutalität der Polizei schreien. Aber all das verrät nicht einen Hauch von gesellschaftlichem Bewußtsein. Denn schließlich ziehen sich einige von ihnen auf ihre Weise heraus. Sie »haben Erfolg« nach den herrschenden Kriterien der amerikanischen Gesellschaft: sie haben Geld, die äußeren Zeichen des Reichtums, die Güter, die ihn symbolisieren – Autos, Schmuck –, sie gefallen den Frauen.

Alle kennen Public Enemy, eine Rap-Gruppe, die als sehr politisch angesehen ist. Als die Reform des Sozialstaats angekündigt wurde, hat Bill Stephney, einer

der Gründer der Gruppe, einen Artikel geschrieben, der in mehreren bundesweiten Zeitungen veröffentlicht wurde. Darin unterstützte er den Abbau der Sozialhilfe, das sagte er frei heraus. Selbst die Republikaner hätten sich nicht getraut, so weit zu gehen. Dieser Typ erklärte, daß es einen Unterschied zwischen »schwarzem Volk« und »Negern« gäbe: die ersten arbeiteten ehrlich, während die zweiten Nichtsteuer seien, die auf den Scheck vom Sozialamt warten. Er stellte die ganzen reaktionären Klischees heraus: »Wenn man nur will, kann man sich selber herausziehen«, »jeder für sich« usw. Steht das im Widerspruch zu den Parolen von Public Enemy gegen die Brutalität der Polizei? Ich glaube nicht! Man findet diesen Geisteszustand in vielen Rap-Texten, welche den kapitalistischen Unternehmer im Innern der Community lobpreisen.

Im Mai 1996 hat dieser Typ einen neuen Angriff gestartet. Als Ehrengast einer Konferenz schwarzer Reaktionäre zeigte er sich empört über das, was der »schwarzen Familie« zustoße und forderte die Rückkehr zu den moralischen Werten, insbesondere zur Institution der Heirat. Ihm zufolge ist der Sozialstaat daran schuld, der den Vater durch den Sozialhilfeschek ersetzt habe. Diese reaktionären Vorschläge sind kein isolierter Fall. Eazy-E, Mitglied der durch den Song »Fuck the Police« berühmt gewordenen Gruppe NWA, war sogar (inzwischen ist er gestorben) öffentlich in die Republikanische Partei eingetreten. Bei vielen Gruppen und auf den Seiten der Fan-zines wird mehr und mehr über moralische Werte geredet – oft in Form einer Rückkehr zur Spiritualität, zur Religion.

Es wäre falsch zu behaupten, der Rap insgesamt sei eine konservative Musik; die Realität ist komplizierter. Aber es wäre genauso falsch, in ihm eine radikale Musikströmung zu sehen und diese Aspekte zu verschweigen. Ich denke dabei insbesondere an die Trotskisten, die vor einigen Jahren eine Broschüre über »Die revolutionären Wurzeln des Rap« veröffentlicht haben. Heutzutage ist der Rap vor großem Publikum in den Vereinigten Staaten vor allem anderen ein Reflex dieser Kultur des Drogenunternehmers, nicht viel mehr. Er drückt kein tiefergehendes gesellschaftliches Bewußtsein aus. Zum Beispiel hatte die Rap-Musik während des Golfkriegs nichts zu sagen. Vielleicht haben ein paar marginale Gruppen Texte dazu gemacht, aber in den Medien ist nichts davon rübergekommen.

Ich rede nicht von allen Rap-Gruppen. Die neuesten der letzten Generation kenne ich nicht, Wu Tang Gang usw. Die Gruppen, die den Rap aufgebracht haben, wie Run DMC, LL Cool J und andere waren aus den nicht so armen Vierteln gekommen. Das Leben dieser Typen hatte wenig mit dem der Kids zu tun, die ihre Langeweile in baufälligen Gegenden durch die Straßen tragen. Andererseits sind die Hauptkonsumenten der Rapmusik die weißen Kids aus den wohlhabenderen Vororten. Ihre Kaufkraft bringt die Gruppen in die Hitparaden. Auch diese Kids langweilen sich und lehnen ihre gesellschaftliche Herkunft ab. Die amerikanischen Vororte sind finstere und sterile Orte, wo alles kontrolliert und grau ist.

Diese Kids identifizieren sich mit dem Rapstil, sie finden darin eine Provokation, einen gewissen rebellischen Geist außerhalb der Norm. Das ist ein Aspekt der Revolte der Heranwachsenden aus der weißen Mittelschicht gegen die Lebensart, die man ihnen vorschlägt.

Der Platz, den der Rap in der Plattenindustrie einnimmt, erklärt sich aus seiner Popularität in der Mittelschicht. Die Soziologen nennen das Phänomen *Whigger* (Kunstwort aus White und Nigger): die weißen Kids aus der Mittelschicht übernehmen den Lebensstil der Ghattokids. Aber dabei geht es darum, sich so anzuziehen, Verhaltensweisen anzunehmen, und das ist etwas anderes als auf den Ghettostraßen eingesperrt zu leben, sich kontrollieren zu lassen, von den Bullen zusammengeschlagen zu werden. Dennoch wäre es ungenau, überall sehr klare Trennungslinien zu ziehen. Die berühmte Hip-Hop-Kultur ist gesellschaftlich sehr verbreitet. In den Vierteln bestimmter amerikanischer Städte, in New York zum Beispiel, findest du eine richtige multirassische Hip-Hop-Kultur. Aber das sind Ausnahmen. Die Regel ist, daß sich die weißen Kids aus den Vororten des tiefen Amerika mit dem Rap identifizieren. Eine gewissermaßen mythische Identifikation.

Es wird viel vom sexistischen Frauenbild in der Hip-Hop-Kultur geredet. Welche Rolle spielen die Frauen in der Drogenökonomie?

Diese Ökonomie wird von Männern beherrscht. Das Gewalt- und Brutalitätsniveau ist so hoch, daß Frauen praktisch ausgeschlossen werden. Dennoch haben sie gewisse Funktionen inne. Man benutzt sie zum Beispiel als »Maulesel« (schon der Name sagt viel über den Sexismus in diesem Milieu) für den Transport der Ware zwischen den großen Städten, zwischen New York und den anderen Städten an der Ostküste zum Beispiel. Eine junge Schwarze, schick und anständig gekleidet, erregt natürlich weniger Aufmerksamkeit von seiten der Polizei als ein junger Schwarzer. Außerdem spielen die Frauen eine Rolle bei der Geldwäsche. Seit zehn, fünfzehn Jahren haben Dutzende und Aberdutzende Schönheits- und Friseursalons in den armen Vierteln aufgemacht. Das hat sicher auch was mit Mode zu tun, aber die meisten dieser Lokale sind leer, ohne Kundschaft. ... Das ist vor allem ein Mittel, das verdiente Geld in den legalen Kreislauf zurückzubringen.

Zum Abschluß möchte ich auf die 60er und 70er Jahre zurückkommen. Damals waren die Armut und die Zersetzung der gesellschaftlichen Bindungen nicht so ausgeprägt wie heute. Die Drogenökonomie war begrenzter. Die Polizei konnte Repressionsstrategien aufstellen, versuchen, die Netze zu unterwandern, sie zu manipulieren, zu zerstören und damit zeitweise ein Vakuum zu schaffen. Heute hat die Breite der Drogenökonomie diesen Rahmen gesprengt. Sie befriedigt eine Nachfrage, aber sie sichert das Überleben von breiten Bevölkerungsschichten, die seit 20 Jahren immer ärmer geworden sind.

Es ist heute undenkbar geworden, sich an den Drogenhandel heranzuwagen. Er ist nicht mehr vertikal und hierarchisch organisiert, sondern sehr dezentral und polypenartig. Wenn man einen Zweig abschneidet, wächst ein neuer. Das bringt uns zum Ausgangspunkt zurück. Die Drogenökonomie ist kein Nischengeschäft wie das Glücksspiel, oder nur ein Laster. Sie ist eine Branche der Volkswirtschaft. Die Handelsprofite aus dem Drogengeschäft versorgen die klassischen Bankkreisläufe. Der Luxuskonsum profitiert davon. Die offiziellen Institutionen, die Staaten selbst sind an der Versorgung des Markts beteiligt. Deshalb kann der sogenannte »dreißigjährige Krieg« gegen die Droge für wohlmeinende Liberale als gewaltige Niederlage erscheinen. Man könnte aber auch im Gegenteil denken, daß dieser Krieg ein anderes Ziel hatte: das Ghetto zu kriminalisieren und zu durchmischen. Gerade haben zwei Journalisten ein Buch über die Drogen in den Ghettos von Baltimore veröffentlicht; darin kommen sie zum Schluß: »Krieg oder nicht, jeden Tag sind zwanzig- oder dreißigtausend Drogenabhängige auf den Straßen. Wenn man die zehn oder zwanzig abzieht, die festgenommen werden, dann hat jeder der anderen seine tägliche Dosis. Davon abgesehen ist der Krieg gegen die Droge nichts als ziellose und unnütze Gewalt, eine unproduktive Politik, welche die Okkupation unserer Ghettos durch den Staat mit einschließt, auf die gleiche Art wie sie Belfast, Soweto oder Gaza besetzt haben. (...) Es fing an mit dem Kampf gegen die Droge und endete mit der Unterdrückung derjenigen, die sie konsumieren.« (D. Simon/E. Burns, *The Corner*, Baltimore 1997)

Kommen wir zur falschen Debatte Legalisierung oder Verbot zurück. Beide Seiten nähern sich dem Problem vom Standpunkt der Verteilung. Wenn man das ganze von einem allgemeineren Standpunkt aus betrachtet, stellen sich andere Fragen. Die Droge macht, wie der Alkohol, das gesellschaftliche Elend sichtbar. Je mehr das Elend zunimmt, die Armut, das Unglück und die Unzufriedenheit mit dem Leben, und je mehr die Leute versuchen, daraus auszubrechen. Auf diese Fragen gibt niemand Antwort.

Stattdessen diskutiert man über Fragen wie die, ob Drogen im Geschäft verkauft werden dürfen oder nicht und ob sie der Staat besteuern soll oder nicht. Alkohol wird seit 50 Jahren frei verkauft. Das hat nicht einen Aspekt der Frage gelöst. Offensichtlich löst das die andere Frage nicht. In dieser Debatte stellt niemand solche Fragen. Vielleicht denken die Teilnehmer der Debatte, daß wir in einer wunderbaren Welt leben und nehmen nicht zur Kenntnis (oder tun so als wüßten sie nicht), daß die Leute zur Droge geflüchtet sind, weil sie ausbrechen wollen, weil es ein Problem mit dieser Gesellschaft gibt. Der Beweis dafür ist, daß viele von denen, die für Straffreiheit plädieren, Apostel der Marktwirtschaft sind. Ich habe einige Konferenzen zu der Frage verfolgt: der vorherrschende Diskurs war der von Milton Friedman und des entfesseltsten Neoliberalismus. Ich habe sogar gehört, das Problem mit der Droge bestehe nur darin, daß der Handel damit nicht frei sei!

In der Fabrik ist das ganz anders: du kannst reden, du kannst politisch reden in der Fabrik, über Fußball, über irgendwas, du kannst dich bewegen, du kannst mit deinen Kollegen reden, du kannst Widerstand leisten, du kannst sagen, ich will pissen gehen und einen Springer rufen ... Bei der BSR (Berliner StraßenReinigung) kannst du natürlich jederzeit pissen gehen, aber du findest kein Klo ...

